Nr. 277 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 141

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis: Wöchentlich 20,— M., monatl. 80,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 80,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 90,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 4,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 80 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 15. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Neuer Konflikt in Oberschlesien.

Oppeln, 14. Juni. (WTB.) Die Interalliierte Kommission hat die Säuberungsaktion in Oberschlesien eingestellt. Als Grund hierfür gab sie den politischen Parteien an, daß der Selbstschutz sich weigert, vor Niederschlagung des Aufstandes die durch ihn befreiten, von ihm beschützten Gegenden zu räumen. Die deutschen Parteien vertreten den Standpunkt, daß es Aufgabe der Interalliierten Kommission ist, endlich einmal gegen die Insurgenten vorzugehen, nicht aber gegen den Selbstschutz, der sich mit Beendigung des Aufstandes von selbst auflöst. Die Bevölkerung kann sich den von ihr selbst geschaffenen Schutz nicht nehmen lassen, bevor sie durch Taten der Kommission eine Gewähr für ihre Sicherheit erhalten hat.

Um den Annaberg.

Oppeln, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die bisherigen Versammlungen der deutschen Parteien und Gewerkschaften in der Interalliierten Kommission über die Durchführung der Räumung wurden

als ergebnislos abgebrochen.

Der Streitpunkt war die von den Polen geforderte Freigabe des Annaberges. Dieser beherrscht den mittleren Teil des durch Oberschlesien führenden Oderflusses und die wichtigsten Bahnlinien. Die Weigerung, ihn zu räumen, wird damit begründet, daß es Korfanty war, der diese Forderung an die Interalliierte Kommission gestellt hat. Die deutschen Parteien wollen sich nicht dazu hergeben, Korfanty goldene Brücken zu bauen, die mit größter Wahrscheinlichkeit zu einem vierten Polenaufstand führen könnten, nachdem Le Rond es nicht fertig bekommt, eine bedingungslose Entwaffnung der Polen durchzusetzen. Unsere Parteigenossen stehen auf dem Standpunkt, daß der Annaberg geräumt werden kann und daß alles vermieden werden sollte, was nach einer Verzögerung der Räumung durch die Deutschen aussehen könnte. Voraussetzung hierfür sind jedoch gewisse Garantien. Die bisher von der Interalliierten Kommission angebotenen Bürgschaften genügen nicht, um diesem Standpunkt unserer Genossen im Zwölferausschuß Geltung zu verschaffen. Man kann es nicht verstehen, daß die Entente an Korfanty Zugeständnisse macht, wo sie zu rücksichtslosem Durchgreifen verpflichtet ist. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften haben die Voraussetzung für eine erfolgreiche Räumung Oberschlesiens in den bekannten Forderungen formuliert.

Noch unverbürgt verlautet, daß einige von den Polen früher besetzte und in Verfolg der Räumungsaktion wieder aufgegebene Dörfer neuerdings wieder von Insurgenten besetzt worden sind.

Berlin, 14. Juni. (WTB.) Zu größeren Zusammenstößen ist es im Laufe des heutigen Tages in Oberschlesien nicht gekommen, doch haben die Insurgenten ihre Angriffe auf Zembowitz im Kreise Rosenberg erneut aufgenommen. In der Gegend von Rosenberg haben sich nach Abzug der Engländer in südlicher Richtung polnische Banden gebildet, die erneut gegen die Abstimmungspolizei und die deutsche Bevölkerung mit Waffengewalt vorgehen. Es bestätigt sich, daß im Kreise Ratibor die Polen gegenüber der Stadt Ratibor die Ortschaften Markowitz, Lucasini und Hohenbirken geräumt haben.

Die Delegation der Amsterdamer eingetroffen.

Wie bekannt, hatte der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, Kommissionen nach den wichtigsten europäischen Wirtschaftsgebieten, insbesondere denen von Nordfrankreich, Oesterreich, nach dem Saargebiet und Oberschlesien zu entsenden, um dort die Lage zu studieren und sich ein Gesamturteil über die europäische Wirtschaftslage zu bilden. Seinerzeit wurde die Einreise dieser Kommission, die aus Jouhaux, dem Vizepräsidenten der Gewerkschaftszentrale, Jimmen, dem Sekretär der Gewerkschaftsinternationale, und Poulton als Vertreter der englischen Gewerkschaften bestehen sollte, untersagt. Jetzt hat sie die Einreiseerlaubnis erhalten. Jouhaux und Jimmen sind mit ihren Sekretären und in Begleitung des Genossen Kohl für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und des Genossen Zulawski, Sekretär der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen polnischen Landesgruppe, in Oppeln eingetroffen, um von da aus die Weiterreise ins Industriegebiet anzutreten.

Das Ergebnis von Wiesbaden.

Paris, 14. Juni. (WTB.) Im heutigen Ministerrat hat Minister Loucheur über seine Zusammenkunft mit Dr. Rathenau Bericht erstattet. Wie der „Temps" mitteilt, ist zwischen den beiden Ministern vereinbart worden, daß sich Sachverständige am Freitag, den 24. Juni, in Paris zusammenfinden, um über ein neues, endgültiges Wiederaufbauprogramm zu beraten.

Paris, 14. Juni. (ET.) Eine halbamtliche Erklärung hierüber besagt folgendes: Die Initiative zu dieser Begegnung

ging von der deutschen Regierung

aus. Die französische Regierung war von ihr benachrichtigt worden, daß sie den Wunsch habe, mit ihr in einen Gedankenaustausch über die Frage der Reparationen zu treten. Sie hatte bei Briand den Gedanken angeregt, die Eröffnung der französischen Kunstausstellung in Wiesbaden zu einer Zusammenkunft mit dem deutschen Wiederaufbauminister zu benutzen. Die beiden Minister kamen zum erstenmal am vergangenen Sonntag in Berührung und trafen am Nachmittag neuerdings zusammen. Die Unterredungen gingen am Montagnachmittag zu Ende. Die zehnstündigen Besprechungen bestanden ausschließlich in einem Gedankenaustausch. Man klärte einander über die Art und Weise auf, wie die beiden Regierungen gewisse bedeutsame Fragen ansehen. Der deutsche Minister war beispielsweise mit den Bestimmungen des französischen Gesetzentwurfs über die Reparation der angerichteten Schäden nicht vertraut. Loucheur mußte ihm dieses Gesetz im einzelnen darlegen und erklären, wie sich dieses Programm in den Augen der französischen Regierung darstelle. Auch bezüglich des Wiederaufbaues der Städte zeigte sich die deutsche Regierung über

gewisse Gefühlsfragen,

denen die französische Regierung Rechnung tragen muß, nicht zur Genüge aufgeklärt. Die beiden Minister suchten vor allem keine Erörterungen anzustellen, sondern ihren gegenseitigen Standpunkt darzulegen, was dazu führen sollte, der einen oder anderen Lösung in gewissen Fragen den Vorzug zu geben. Sie suchten sich in den einzelnen Berührungspunkten zu unterrichten, und besonders über solche, die unzweifelhaft Schwierigkeiten an dem Tage verursacht haben dürften, wo die Besprechungen wieder aufgenommen werden, um zu einer sofortigen Lösung zu gelangen. Nachdem für diese Erörterungen der Boden geebnet war, richtete Loucheur an Rathenau eine größere Anzahl von Fragen, und zwar nicht in der Absicht, eine sofortige Antwort zu erhalten, sondern um zum Nachdenken über diese Fragen anzuregen, damit an dem Tage, an dem die Besprechungen neuerdings wiederaufgenommen werden, Antwort erteilt werden könne. Hierzu gehört die Frage der Holzhäuser. Der französische Minister forderte hierüber genaue neue Feststellungen.

Die letzte Zusammenkunft fand im Beisein von Dr. Bergmann statt, den Rathenau aus Berlin berief und der Loucheur bereits kannte. Bergmann wird in Paris die Verhandlungen an dem Tage fortsetzen, wo Rathenau sein endgültiges Programm ausgearbeitet haben wird. Zwischen ihm und Loucheur ist für Freitag, den 24. Juni, eine Zusamenkunft vereinbart worden.

Der Minister für die befreiten Gebiete zeigte sich von den ersten Besprechungen **sehr befriedigt.** Er fand in seinem deutschen Kollegen einen in allen Wirtschafts- und Finanzfragen **sehr erfahrenen Mann,** der den Wunsch bekundete, zu einem Einvernehmen zu gelangen und der bei seinen Erörterungen von vollkommenem Freimut beseelt war. Was die

Aenderungen des Index

betrifft, d. h. den Ersatz für Ausfuhrabgabe durch einen anderen Index, so hat Rathenau keinen Vorschlag gemacht; er ist mit der Prüfung dieser Fragen beschäftigt. Bezüglich der Naturalleistungen wurde erklärt, daß diese im Verhältnis zu der Schuld Deutschlands nur gering sein könnten. Sie dürften keinesfalls ein Fünfzehntel dieser Schuld übersteigen. Was insbesondere die

25 000 Holzhäuser

betrifft, so bemerkte Loucheur, daß es sich bei diesen nicht nur um eine Frage der Sachleistung, sondern auch um eine solche der Preisfestsetzung handele. Bisher seien die von den Deutschen verlangten Preise **nicht vorteilhaft.**

Diese vorbereitenden Besprechungen liefen einzig auf eine Sondierung hinaus. Sie bestanden ganz besonders in einem weitgehenden Meinungsaustausch, doch ist ihre Bedeutung darum nicht weniger groß.

Amerikas Frieden mit Deutschland.

New York, 14. Juni. (WTB.-Funkspruch.) Im Repräsentantenhause stimmten 49 Demokraten für und ein Republikaner gegen die Resolution Porter. Einer der Unterschiede zwischen der Resolution Knox ist der, daß die letztere den Vereinigten Staaten ausdrücklich alle Rechte vorbehält, die sie auf Grund des Waffenstillstandes erworben haben, und bestimmt, das beschlagnahmte deutsche und österreichische Eigentum solle beschlagnahmt bleiben, bis die Verträge in beiden Ländern ratifiziert sind.

Depeschen aus Washington besagen, es werde geraume Zeit dauern, bis der Verhandlungsausschuß beider Häuser sich über eine endgültige Fassung der Friedensresolution geeinigt haben werde. „New York Herald" meldet aus Washington, man glaube, daß der Text der Friedensresolution dem Präsidenten Harding überwiesen werden würde, wenn in den Verhandlungen des Ausschusses ein langer Stillstand eintreten sollte. Während der Debatte über die Porter-Resolution prophezeiten mehrere Republikaner, daß als nächster Schritt über einen Friedensvertrag hauptsächlich **kommerzieller Natur mit Deutschland verhandelt werden würde.**

Stinnes und der Steuerfiskus.

Von Kurt Heinig.

Wir entnehmen die folgenden Ausführungen der überaus interessanten, demnächst im Verlag der „Vorwärts"-Buchhandlung erscheinenden Broschüre des Verfassers „Stinnes und seine 600 000 Arbeiter". Red. d. „Vorwärts".

Macht wächst aus Geld, aus Kapital. Wie ist es möglich, daß Stinnes noch heute seine industrielle und wirtschaftliche Gewalt immer weiter ausbauen kann, da doch die großen Besitz- und Einkommensteuern die Reichen und Reichsten „bis an die Grenze des Möglichen zugunsten des Landes auf steuerlichem Wege enteignen"? Man erinnere sich nur, daß die außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 die hohen Gewinne bis zu 70 Proz., daß das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs (von 1913 bis 1919) diesen bis zu 100 Proz., daß das Kapitalertragssteuergesetz die Industrierenten bis zu 70 Proz. und daß die Reichseinkommensteuer die Verdienste bis zu 60 Proz. versteuern sollen! Wenn diese Gesetze nicht neunhundertneunundneunzig Lücken hätten und wenn die eben verschwundene Reichsregierung den ernsthaften Willen besessen hätte, dem privaten Reichtum wirklich zu Leibe zu rücken, dann wäre auch Herr Stinnes nur ein mäßig vermögender Mann. Die Zahl der Millionen des Herrn Stinnes steht in direktem Verhältnis zu der Menge Hintertüren, die in den wichtigsten deutschen Steuergesetzen vorhanden sind. Für die Sozialdemokraten ist es seit 1919 eine Hauptaufgabe gewesen, in den Steuergesetzen der Republik die Löcher zu verstopfen, durch die das Papiergeld der reichen Leute aus Angst vor dem Steuererheber sich flüchtete. Unter Führung Helfferichs und Hergts haben seit dem Juni 1920, nach den „Wiederaufbau"- und „Roten-Ketten"-Wahlen, alle Geldschränke Deutschlands unter Gesang patriotischer Lieder hinter deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Fahnen einen unermüdlichen Stellungskrieg gegen den letzten Wall geführt, der Deutschland mühsam vor dem finanziellen Untergang schützt.

Man braucht deswegen bei dem steuerlich so merkwürdig zart angefaßten Reichtum des Herrn Stinnes und anderer Leute nicht gleich an illegale Steuerhinterziehungen zu denken. Es gibt ja so viele „gesetzliche" Wege; und es wird sich hoffentlich nicht ein braver Beamter finden, der die Steuererklärung des Herrn Stinnes ebenso behandelt wie die Erzbergers, sie photographiert und publiziert.

Stinnes besitzt Kohlen- und andere Läger, Schiffe, Bergwerke, Aktien und Anteile aller möglichen Unternehmungen; er ist an vielen Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht beteiligt und hat in aller Herren Länder Bankkonten. Ist es nicht Hugo Stinnes selbst, dann sind es seine Firmen, seine Geschäftsfreunde oder ihm nahestehende Unternehmen. Ueberall kann man recht- und gesetzmäßig „abschreiben", überall kann man „ordnungsmäßige" Reserven bilden. Herr Stinnes hat viel nichtdeutschen Besitz, er war schon immer an großen ausländischen Unternehmungen beteiligt. Liegen diese Objekte im neutralen Ausland, dann bringen sie gute Valuta, liegen sie im feindlichen Gebiet und wurden sie auf Grund des Friedensvertrags weggenommen, dann entschädigt ihn bestimmungsgemäß das Reich. Stinnes treibt umfangreichen Auslandshandel, Stinnes kauft viel Auslandsware, seine Gesellschaften treiben Auslandshandel, dort, wo er beteiligt ist, werden die Beziehungen zum Ausland gepflegt. Es quillt ihm aus tausend Poren zu, je größer sein Interessentkreis wird. Welcher Steuerbeamte will da nachkommen? Wer weiß außer ihm selbst in seinen Angelegenheiten so gut Bescheid, daß er ihm wirklich nachrechnen kann? Niemand! Der Staat, das Reich ist auf seine Ehrlichkeit angewiesen. Schon Treitschke sagte, daß es keinen ehrlichen Kaufmann gebe. Ist der Mann der Steuerbehörde gegenüber ehrlich, dann ist es kein Kaufmann.

Nehmen wir aus den tausend Möglichkeiten der Umgehung der steuerlichen Nachteile nur eine heraus: Die Aktiengesellschaften usw. wurden schon bei den großen Vermögenssteuern auffällig begünstigt. Kriegszuwachssteuer und Reichsnotopfer traf nur den Privatmann mit den vollen Sätzen, juristische Personen wurden mit lächerlicher Milde behandelt. Noch stärker tritt dies bei der Körperschaftssteuer hervor.

Heute wird im besonderen bei den Gesellschaften, die von wenigen Großaktionären beherrscht werden, und dazu zählen in erster Linie die Stinnesschen Unternehmen, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der erzielten wirklichen Gewinne zur Ausschüttung verwendet. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit wirtschaftlicher Vorsicht. In Wirklichkeit hat diese „Vorsicht" den Vorteil ungeheuerlicher Steuerersparnisse. Im besonderen dort, wo die Macht der neuen Industrieherzöge hinreicht, wird heute nur noch ein kleiner Teil der industriellen und Handelsgewinne in den Jahresabschlüssen sichtbar gemacht, und noch weniger geht in Form von Dividende, Tantieme oder Gratifikation der Gewinnst den Weg der gewöhnlichen Verteilung. Nur dieser

Unternehmergewinn geht auf einem derartigen Wege zum Empfänger, daß er voll zur Steuer herangezogen werden kann — wenn dieser Empfänger ehrlich ist.

Die ganze deutsche Industrie arbeitet nach dem System Stinnes, wenn sie Steuern zahlen soll. Je größer die Geschäfte und je umfangreicher das Interesse, um so besser ist es für die Steuererklärungen. Ueberlegen wir uns doch nur, wie die Gewinne der Aktiengesellschaften mit beschränkter Haftpflicht versteuert werden. Der gesamte Gewinn unterliegt nicht etwa den 60 Proz. des Einkommensteuergesetzes, er wird nur mit etwas mehr als 10 Proz. auf Grund des Körperschaftssteuergesetzes erfaßt. Nur die eigentlichen Dividenden usw. werden beim Empfänger voll zur Einkommensteuer herangezogen, aber alles, was jene Unternehmungen an Gewinnen nicht auszahlen, wird geschont!

Kauft oder übernimmt nun z. B. eine Aktiengesellschaft erhebliche Posten von Papieren anderer Unternehmen, an denen sie interessiert ist, dann hat sie jede Möglichkeit, durch enorme Abschreibungen auf Grund „wirtschaftlicher Vorsicht" ihren Aktienbesitz so unterzubewerten, daß der größte Teil ihres Verdienstes verschwindet. Es besteht aber gar kein Grund, daß die Tochtergesellschaften nicht wieder Aktien oder Anteile von Enkelunternehmen besitzen und diese ebenfalls durch Abschreibungen aus Gewinnen unterbewerten sollen. Enkelunternehmen können es dann in den lieblichsten Verschlingungen wieder ebenso mit Anteilen an Schwester-, Mutter- und sonstigen Gesellschaften machen. Vermögensmassen, die in festen Händen sind, bieten noch mehr Möglichkeiten. Ist es eine zahlreiche Familie — siehe Familie Stinnes — mit Brüdern, Tanten und Anverwandten, dann hat der Spaß überhaupt kein Ende, dann kann man so Verstecken spielen, daß Steuereinnehmer und Steuergesetzgebung in zwanzig Jahren nicht den Weg zum Geldbeutel finden.

In diesem Zusammenhang sei auf eine kleine Stinnessche Gründung technisch recht beachtenswerter Art hingewiesen: es ist die A.-G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel, Hamburg. Die Geschäftsleitung besteht im wesentlichen aus Mitgliedern der Familie Stinnes; die Firma ist aus 15 kleinen Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht (Kapital je 30 000 M.) entstanden, jede besaß einen Stinnesdampfer als Aktivposten. Die Muttergesellschaft Hugo Stinnes ist überdies auch eine G. m. b. H., die jahrzehntelang mit dem lächerlichen Grundkapital von 50 000 M. auskam; erst neuerdings wurde das Kapital auf 5 Millionen erhöht. Die Wirklichkeit war mit dem offiziellen Grundkapital allzu arg in Konflikt geraten.

In derartigen mit mehr oder weniger stillen Reserven auswattierten Gesellschaften und Unternehmen braucht nie das gesamte Aktienkapital in den Händen der eigentlichen Herrscher zu sein, es genügt schon die Hälfte, um über das ganze verkettete und ineinandergeschachtelte Interessenfeld zu herrschen. König bleibt immer Hugo Stinnes. Auf diese Art — neben vielen anderen Methoden — zahlen heute die deutschen Großverdiener und Trustmagnaten bei weitem nicht die Steuern, die ihrem tatsächlichen Vermögen und Einkommen entsprechen. Die Steuergesetze und die Routine, gutfrisierte Bilanzen aufzumachen, geben ihnen auf nicht gerade ethischem, aber meistens auf „legalem" Wege die Möglichkeit, die Pflicht, dem Staate durch Geld zu helfen, nach allen Regeln der Kunst zu vermeiden.

Die Verzauberung gewaltiger Kapitalien hat aber neben der Rettung vor dem Steuererheber noch eine andere eigentümliche Wirkung. Die aufgestapelten Geldmengen haben die Tendenz, auf Grund der ihnen innewohnenden geheimnisvollen Kraft, immer neue Gelder hecken zu müssen. Sie verlangen stets erneute Anlage und Betätigung. Anders würde das in alle Ecken und Schränke gestopfte Geld den Betrieb, der es brachliegen lassen wollte, einfach ersticken. So ist der auch bei Hugo Stinnes heute erkennbare hastige Ausdehnungsdrang zu einem Teil die Folge der allgemein üblich gewordenen Verschleierung und Hinterziehung der industriellen und Handelsgewinne. Sie sind die Grundlage und Notwendigkeit zu immer neuen Verschachtelungen und Interessenverquickungen. Auf dem Rattenkönig immer zahlreicher werdenden Unternehmen sitzt dann als Regent ein Mann mit verhältnismäßig geringem Einkommen und einem steuerlich kleinen Kapitalbesitz, der aber in Wirklichkeit der Herr über Abermillionen und Milliarden ist, von dem Hunderttausende von Arbeitern abhängen, der die öffentliche Meinung und politische Parteien beeinflußt, der zum Staat im Staate geworden ist!

Das kann aber ein Staat auf die Dauer nicht ertragen. Er kann es nicht dulden, daß sich an seinem Leibe ein Glied selbständig macht, obwohl es durch den Gesamtorganismus ernährt und erhalten wird. Hier hilft aber nur ein Radikalmittel, und das ist der Sozialismus. Der Weg dahin führt über eine ernst zu nehmende Besteuerung der Großverdiener.

Stegerwalds Kapitulation.

Nichts gegen die Rechtsparteien!

Den Trotz pflegt man sich im allgemeinen schweigend vorzustellen. Der Trotzminister Stegerwald zeichnet sich durch großes Redebedürfnis aus. Er muß immer wieder der Welt sagen, warum er eigentlich noch Minister ist, und hat deshalb sich von dem Chefredakteur der „Germania" ausfragen lassen. Das Interview bedeckt eine volle Seite der „Germania", aber sein wesentlicher Inhalt läßt sich kürzer skizzieren.

Für Herrn Stegerwald gibt es gute und schlechte Menschen. Zu den guten Menschen gehört natürlich er, die schlechten Menschen sind die, die ihn bekämpfen, also in erster Linie die Sozialdemokraten. Die guten Menschen à la Stegerwald stellen die „Staatsnotwendigkeiten" in den Mittelpunkt ihrer Politik und gehen von „politischen Realitäten und Möglichkeiten" aus, während die schlechten Menschen „parteipolitischen Strömungen" folgen und zu erkennen sind an ihrer „formalistisch-demokratischen" Denkweise.

Als solch Musterbild eines schlechten Menschen mit formalistisch-demokratischer Denkweise stellt Stegerwald seinen Parteikollegen Erzberger hin, der im Juli 1917 durch die Friedensresolution Deutschland vor dem Zusammenbruch des Jahres 1918 bewahren wollte und sich dabei auf die Parlamentsmehrheit stützte, während doch die „politischen Realitäten", nämlich Offizierskaste, preußische Bureaukratie, Schwerindustrie und Agrariertum gegen ihn waren. Diesen „politischen Realitäten" muß man sich nach Stegerwalds Auffassung unter allen Umständen beugen. Und deshalb verkündet Herr Stegerwald von den nächsten Aufgaben Preußens, als die er Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, ertragreiche Grundsteuer und Durchführung der Verwaltungsreform ansieht, wörtlich folgendes:

Keine dieser drei Aufgaben läßt sich bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Preußen durchführen **gegen den geschlossenen Widerstand der beiden Rechtsparteien.**

Da die beiden Rechtsparteien im Preußischen Landtag, worauf ein „Formaldemokrat" hinweisen würde, höchstens ein Drittel der Sitze haben, so heißt dieser Ausspruch nichts weiter, als daß Herr Stegerwald vor den Mächten kapituliert, die hinter diesen beiden Parteien stehen. Herr Stegerwald kapituliert vor Schwerindustrie und Agrariertum, altpreußischer Bureaukratie und ausrangierten Militärs. Gegen ihren geschlossenen Widerstand wagt dieser republikanische Minister keinen Schritt zu tun. Dagegen traut sich Herr Stegerwald sehr wohl, gegen den geschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft zu regieren.

Seine Kapitulation vor der Rechten begründet Herr Stegerwald mit einem eigenartigen Geständnis: nämlich mit dem Geständnis, daß das Zentrum sich so weit nach rechts entwickelt habe, daß es gegen eine Agitation der Rechtsparteien nicht mehr widerstandsfähig ist. Herr Stegerwald will nämlich die alte Koalition von Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten nicht wiederherstellen, weil er glaubt, daß der rechte agrarische Flügel des Zentrums einfach nicht bei der Stange bleiben, sondern überlaufen würde. Herr Stegerwald schreibt:

Wenn bei solcher Sachlage die Führer der Zentrumspartei selbst den ernstesten Willen hätten, in den entscheidenden Fragen mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammenzugehen, dann würde trotzdem damit praktisch so gut wie nichts gewonnen. Denn die Fraktion würde in einer Reihe entscheidender Fragen uneinheitlich und gegeneinander stimmen, womit die Koalitionsmehrheit sofort ohne weiteres in eine Minderheit umgewandelt wäre, und im übrigen würde die Agitation der beiden Rechtsparteien im Lande **den agrarischen Flügel des Zentrums nach rechts ziehen,** und an Stelle einer Stärkung der Mitte, die für das nächste Jahrzehnt für deutsche Verhältnisse das Gebot der Stunde ist, **würde in kürzester Zeit eine Rechtsmehrheit erstehen.**

Deutlicher und kläglicher kann man nicht vor der Reaktion kapitulieren. Herr Stegerwald hat nun wenigstens mit Offenheit ausgesprochen, daß er sich als Gefangener der beiden Rechtsparteien betrachtet, daß er von ihrem guten Willen lebt und nichts gegen sie unternehmen will. Wer der Freund der beiden Rechtsparteien ist, der ist der natürliche Feind der Arbeiterschaft. Die Geständnisse des Herrn Stegerwald tragen ungemein zur Klärung der Situation bei.

Selbstschutz Flegel.

Hei lewet noch — nämlich der Berliner Selbstschutz, Nachfolger der Einwohnerwehr. Wer es nicht glaubt, der lese folgendes gedruckte Zirkular, das uns in mehreren Exemplaren zu Gesicht gekommen ist:

Berliner Selbstschutz, G. m. b. H.
Ortsgruppe Neukölln.
Geschäftsstelle: Finowstraße 8.
Fernruf: Neukölln 8764.

Neukölln, Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr Kamerad!

Ihnen hierdurch die ergebenste Nachricht, **daß die Kameraden der ehemaligen Einwohnerwehr Neukölln sich korporativ dem Berliner Selbstschutz (Ortsgruppe Neukölln) angeschlossen haben.**

Auch Ihr Uebertritt ist nach Angabe der Kameraden erwünscht. Zwecks Aufnahme und Informierung können Sie Auskunft erhalten in der oben bezeichneten Geschäftsstelle oder in der

am Freitag, den 10. Juni 1921,
abends 7½ Uhr, stattfindenden Versammlung im Deutschen Wirtshause Neukölln, Bergstraße 136/37, Seitenflügel 1 Treppe.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Der Vorstand: gez. Rochlitz, Major a. D.
i. A.: P. Flegel, Oberlt. d. L. a. D., Neukölln, Finowstr. 8 II.

Dieses Zirkular ging auch einigen Parteigenossen zu. Als diese jedoch in berechtigter Neugierde, was hier wohl gespielt würde, zur Versammlung erschienen, wurde ihnen trotz Einladung der Zutritt verweigert! Nicht gerade ein Zeichen, daß die Einberufer ein sehr reines Gewissen hatten. — Ein Genosse hatte sich am 2. Juni durch Oberleutnant d. L. a. D. Flegel für die „Berliner Selbstschutz"-Genossenschaft werben lassen und einen Anteil von 20 Mark bereits eingezahlt. Er erhielt unter dem 9. Juni folgendes Schreiben:

„Berliner Selbstschutz"
E. G. m. b. H.

Berlin W. 10, den 9. 6. 21.
Bendlerstr. 29.

Mit Postanweisung erhalten Sie den Betrag von 20 M. zurück. Ihre Aufnahme in den „Berliner Selbstschutz" kann zu unserem Bedauern nicht stattfinden.

Einschreiben.

Berliner Selbstschutz
Eingetragene Genossensch. m. b. H.
(gez.) Koch.

Es wäre sehr interessant, die Gründe zu erfahren, warum die Aufnahme nicht stattfinden konnte. Etwa weil dieser Selbstschutz ein politisch reaktionäres Gebilde ist, das nur Anhänger der Rechtsparteien aufnimmt?

Schließlich ist noch beachtenswert, daß dieser Selbstschutz seinen Sitz in der Bendlerstraße, in nächster Nähe des Reichswehrministeriums, hat.

Deutsche Jugend.

Kleinigkeiten von H. Matthäus Becker.

Kommt da neulich ein Trupp Arbeiterjugend, Burschen und Mädel, mit Rucksäcken und bebänderten Lauten die Straße entlang. Die Kleidung ist so, wie sie sein muß, wenn der Mensch sich nicht vor der Natur blamieren will. Ein hoher Stehkragen kann eine ganze Gegend verschandeln und ein schwarzer Gehrock alles Grün in Wald und Wiese auslöschen. Die Burschen tragen Kniehosen, und gleich ihnen sind auch die Mädel strumpflos.

„Sogar die Frauenzimmer," hörte ich eine Dame mit feister Besitzrundlichkeit zu ihrem Begleiter sagen, dessen Gesicht — ein Gesicht, das eigentlich in die Hose gehört — sofort den Faltenwurf sittlicher Entrüstung annimmt.

Spießer bleibt Spießer. Ich habe an ein Erlebnis kurz vor Kriegsausbruch denken müssen. Es war in einer kleinen südwestdeutschen Universitätsstadt. In den Gassen des heimattrauten Nestes lag die Morgendämmerung. Junge Burschen und Mädel, wohl ein Dutzend, kamen unter Gesang und Lautenklang aus der Altstadt herunter. Der Morgen war so recht angetan zu einer Wanderung durch die frischen Buchenwälder der Lahnberge. Eben erklingt aus hellen Kehlen Eichendorffs Lied:

„Fliegt der erste Morgenstrahl
Durch das stille Nebeltal —"

Da kommen aus einer Seitenstraße drei oder vier buntbemützte Jünglinge. Hochfeudale Korporation. Doch der nächtliche Suff hat die übliche schneidig-korrekte Haltung etwas beschädigt.

Zwei Welten: Hier frische Jugendlichkeit, dort deren ekelhafte Karikatur.

Das Dichterherz des guten Freiherrn von Eichendorff ist ganz sicher nicht von umstürzlerischem Drang erfüllt gewesen. Aber die künftigen Führer der Nation fühlen instinktmäßig, daß jedenfalls in den Herzen der Sänger etwas lebt, das all ihrer faulen Tradition gefährlich ist. Das fordert heraus zum Protest. Und dieser Protest vollzieht sich in jener Form, die auch der dümmste Vertreter dieses Typs immer zur Hand hat: drei oder vier bierheisere Kehlen brüllen auf einmal das Deutschland-Lied in den Gesang der andern. Armer Hoffmann von Fallersleben, wie oft schon haben jene, die dich einst maßregelten, mit deinem Sang den neuen Geist totzubrüllen versucht!

Das Lied der Burschen und Mädel schallt um so frischer in den erwachenden Morgen. Nur eine ganz Blonde, die fröhlichste von allen, kann beim Anblick jener dreifach armseligen Männlichkeit vor Lachen nicht singen. Da muß schweres Geschütz heran. Und nun gröhlen die Akademiker eines jener zur Zote verschandelten Volkslieder, deren ständig wachsende Strophenzahl die Phantasie eines gewissen Studententyps kennzeichnet.

Das war im Frühjahr 1914. Es ist nur ein kleines unbedeutendes Erlebnis. Aber all die vielen Erlebnisse der dazwischenliegenden sieben Jahre haben es in meiner Erinnerung nicht gelöscht. Und wenn ich höre, daß teutsche Jünglinge irgendwo mit dem Lied des braven Hoffmann von Fallersleben andere Leute niederzubrüllen versucht haben, dann weiß ich jedesmal, daß es bei ihnen bis zur offenkundigen Gemeinheit nur ein Schritt gewesen wäre.

•

In der Hamburger Vorortbahn am Tage nach Eisners Tod. Am Dammtor steigen zwei Jünglinge ins Abteil, Typ: Hakenkreuzler.

„Schneidiger Kerl dieser Arco," sagte der eine, „von der Art müßten wir noch viele haben."

„Jawohl, es muß reiner Tisch gemacht werden," meint der andere. „Der nächste, der dran glauben muß, ist dieser — na, helf mir doch mal auf den Namen — Ferdinand nennt sich dieser Judenbolschewist schamhaft mit Vornamen. Na, Du kennst ihn doch?"

Der erste kennt ihn nicht. Ich natürlich auch nicht. Meine Neugierde wächst.

Da geht es wie eine Erleuchtung über das Gesicht des hoffnungsvollen Jünglings: „Also ich hab's: Lassalle heißt das Schwein."

•

Im Oberlyzeum. Die Oberlehrerin erzählt von Diogenes aus Sinope, dem Philosophen und Proletarier. „Ja, und einmal, als Diogenes vor seiner Tonne lag und sich von der Sonne bescheinen ließ, hatte er eine Begegnung mit Alexander von Mazedonien, der mit seinem Gefolge gekommen war. Der König gewann so lebhaftes Interesse an ihm, daß er ihm gestattete, sich eine Gnade auszubitten. Diogenes tat es, indem er Alexander aufforderte, ihm ein wenig aus der Sonne zu gehen. Fräulein Kulike, wofür ist uns diese Aeußerung ein Beweis?"

„Für die Begehrlichkeit der unteren Schichten," sagt Fräulein Kulike.

Die Wissenschaft kennt keine Grenzpfähle. Montag hielt Professor Einstein in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saale des Londoner Kings College in deutscher Sprache seinen Vortrag über die Relativitätslehre. Bei seinem Erscheinen erhob sich ein großer Beifallssturm, der sich noch steigerte, als Lord Haldane in seiner Einleitungsrede Einstein als ein Genie des 20. Jahrhunderts bezeichnete und erklärte, die Wissenschaft kenne keine Grenzpfähle. Nach der Vorlesung Einsteins wurde ihm von der Zuhörerschaft eine stürmische Kundgebung dargebracht.

Bei dem am Abend veranstalteten Essen zu Ehren Einsteins begrüßte Ernest Barker den deutschen Gelehrten, der als Gast aus einem Lande käme, das bis vor kurzem der Feind Englands gewesen sei. Er helfe die zerschnittenen Fäden des internationalen Bandes wieder zusammenfügen. Barker erklärte in deutscher Sprache, daß die wieder aufgenommenen Beziehungen eine gerade Linie zeigen, die stets bleiben werde, nämlich die gerade Linie des Rechts und der Gerechtigkeit. Er sei überzeugt, daß die Parallele des englischen und deutschen Gedankens, trotz der Lehre der Mathematik, die beiden Nationen in Freundschaft miteinander und mit den anderen Nationen der Welt zusammenbringen werde. Einstein erwiderte, er sei außerordentlich erfreut, daß sein Besuch unmittelbar eine gute Wirkung auf die internationalen Beziehungen auszuüben verspreche.

Ein Teil der Oldenburger Galerie in Amsterdam versteigert! Die heimliche Fortschaffung der Hauptteile der Oldenburger Galerie, die leider Privatbesitz des Oldenburger Großherzogs war und eine der erlesensten kleinen fürstlichen Sammlungen Deutschlands bildete, erregte 1919 berechtigte Empörung. Der olenburgische Staat hatte damals nicht zugegriffen, und so wanderten 4 Rembrandts, 3 Rubens und manches andere wertvolle Bild nach Holland. Man glaubte sie längst über den großen Teich.

Da meldet jetzt „Der Sammler", daß in aller Stille und mit ungewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln dieser Tage in Amsterdam eine Versteigerung der neueren Gemälde aus dem Besitz des Großherzogs stattgefunden hat. Das Hauptstück, die „Medea" von Anselm Feuerbach, erwarb der Berliner Kunsthändler Cassirer.

Der Großherzog hatte weder das Recht, die Kunstwerke außer Landes zu bringen, noch hat er für diesen Besitz die Lasten auf sich genommen, die er als deutscher Nationalangehöriger zu tragen verpflichtet ist. Sollte es nicht doch Mittel und Wege geben, dem edlen Erlandesvater, der sowohl den deutschen Kunstbesitz als den deutschen Fiskus aufs schwerste geschädigt hat, das Geschäft gründlich zu versalzen?

„Die Eigenmarke und ihre Anwendung." Unter diesem Titel stellt der Bund Deutscher Gebrauchsgraphiker, Landesgruppe Berlin-Brandenburg, jetzt in der Bibliothek der Unterrichtsanstalt unseres Kunstgewerbemuseums eine große Reihe von Arbeiten seiner Mitglieder aus. Es sind Marken und Signete, die für die verschiedensten Zwecke entworfen worden sind und die unsere Gebrauchsgraphik auf einer recht respektablen Höhe zeigen. Unter den vielen Eigenmarken liegen auch die Wappen der deutschen Länder, die Hadank von der Berliner Kunstgewerbeschule entworfen hat, und daneben sieht man die neue Paßkarte, für die diese Wappen bestimmt sind.

Der Wettlauf zwischen London und New York. Die New Yorker haben nach der letzten Volkszählung den Anspruch erhoben, daß ihre Vaterstadt die größte der Welt sei. Das mag im wortwörtlichen Sinne vielleicht stimmen, denn das riesige Flächengebiet, das Groß-New York bedeckt, wird von keiner anderen Stadt der Welt erreicht. Aber dieses Gebiet umschließt große Flächen, die ganz dünn oder überhaupt nicht bevölkert sind, und da wir die Größe einer Stadt nach der Zahl ihrer Einwohner bestimmen, so ist London der Nebenbuhlerin immerhin noch um ein Beträchtliches voraus. Groß-London hat über 7 Millionen Einwohner; New York hat es bisher nur auf über 5½ Millionen gebracht. Die New Yorker Bevölkerung ist aber in einem viel schnelleren Tempo gewachsen als die Londoner, und man hat berechnet, daß New York im Jahre 1930 London überholt haben und dann tatsächlich die größte Stadt der Welt sein wird.

Blüthner-Orchester. Das nächste städtische Volkskonzert (Richard-Wagner-Abend) ist am Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, in der Germania-Brauerei, Chausseestraße.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Von Friedrich Kleeis.

Am 18. Dezember 1920 beschloß der Reichstag, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Notlage der Landesversicherungsanstalten abgeholfen wird, und die Vorlage so zu beschleunigen, daß die erforderlichen Maßnahmen spätestens mit dem 1. Juli 1921 in Kraft treten. Inzwischen beschloß auch der preußische Landtag, bei der Reichsregierung eine solche Gesetzesänderung anzuregen, und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat erst noch in den letzten Tagen eine Eingabe an die Reichsgesetzgebung gelangen lassen, nach der Einrichtungen zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Landesversicherungsanstalten gefordert werden. Anlaß zu diesem Schritte gab besonders der Beschluß der Landesversicherungsanstalt Berlin, die Heilbehandlung so gut wie gänzlich aufzuheben.

Es ist nun auch ein Entwurf eines „Gesetzes über die anderweite Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung" fertiggestellt worden. Er ist begleitet von einer Begründung und einer längeren „Denkschrift über die Höhe der Beiträge zur Invalidenversicherung", die eingehende versicherungsmathematische Angaben enthält. Im allgemeinen ist zu sagen, daß der Entwurf nicht nur unzulänglich, sondern auch fehlgreifend ist. Zu beheben sind drei Mißstände: Die Notlage der Versicherungsträger, die immer noch bestehende Geringfügigkeit der Renten und die bureaukratische Verwaltung der Landesversicherungsanstalten durch erweiterte Mitwirkung der Versicherten.

In erstgedachter Richtung begeht man den einzig möglichen Weg der Neueinteilung und Vermehrung der Lohnklassen. Aber wie das geschieht! Es werden neun Lohnklassen gebildet, Klasse I umfaßt die Versicherten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis 1000 M., Klasse II von 1000 bis 2000 M., Klasse III von 2000 bis 3000 M. usw. Der Klasse IX gehören alle Versicherten mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 8000 M. an. Zunächst ist es höchst ungenügend, daß die immer um 1000 M. auseinanderliegenden Grenzen mit 8000 M. aufhören und alle die vielen Versicherten mit einem höheren Verdienst ein und derselben Klasse angehören. Die Erklärung, welche die amtliche Begründung für diese Beschränkung gibt, ist ganz ungenügend. Es heißt, eine größere Anzahl von Lohnklassen würde „versicherungsmathematische" Schwierigkeiten mit sich bringen. Mag sein. Aber wenn man die Zwischenräume der Klassen erweitert, kommt man bei etwa zehn Klassen zur viel besseren Erfassung der höheren Verdienste. Der zweite Fehler ist, daß die getroffene Klassifizierung ganz willkürlich ist und sich gar nicht nach dem praktischen Leben richtet. Es ist schon oft der vernünftige Standpunkt vertreten worden, daß die Lohnklassen der Invalidenversicherung mit denen der Krankenversicherung übereinstimmen sollen, so daß der z. B. in der 1. oder 6. Klasse der Invalidenversicherung ist, sich auch in den entsprechenden Klassen der Krankenversicherung befindet. Das würde eine ganz gewaltige Vereinfachung des Versicherungswesens darstellen. Wir schlagen z. B. vor, daß die I. Klasse die Tagesverdienste bis zu 5 M. und die Jahresarbeitsverdienste (300 Arbeitstage zu je 5 M.) bis 1500 M., die II. Klasse die Tagesverdienste von 5 bis 10 M. und (300 Arbeitstage zu je 5 bis 10 M.) die Jahresarbeitsverdienste von 1500 bis 3000 M., die III. Klasse 10 bis 15 M. bzw. 3000 bis 4500 M. umfaßt usw. So kommt man mit 10 Klassen auf 15 000 M. Natürlich muß dann diese Lohnstufenabgrenzung einheitlich durch Gesetz auch für alle Krankenkassen vorgeschrieben werden. Damit würden auch die ganz unbegründeten Verschiedenheiten bei den einzelnen Krankenkassen aufhören. In Oesterreich, Dänemark usw. besteht diese Einheitlichkeit schon lange.

Die Wochenbeiträge sollen nach dem Entwurf in der niedrigsten Klasse 3,50 M. betragen, sich in jeder Klasse um 50 Pf. steigern bis zu 7 M. in der VIII. Klasse. Für die IX. Klasse sind 7,80 M. festgesetzt. Das ist zwar viel, aber es läßt sich nicht billiger machen. Die bisherigen freiwilligen Zusatzmarken hören auf, weil sie sich gar nicht bewährt haben. Wer bisher welche geklebt hat, bekommt auf Antrag sein Geld zurück. Der Gedanke, der z. B. auch vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund geäußert worden ist, daß die einzelnen Landesversicherungsanstalten je nach ihren Bedürfnissen (besonders für die Heilbehandlung) verschiedene Zuschläge zu den Normalbeiträgen erheben könnten, wird verworfen, weil er praktisch undurchführbar wäre. Das ist auch ganz unsere Ansicht. Es würde dadurch auch nur die bisher erfreuliche Einheitlichkeit in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gestört.

Der Sanierung der Finanzierung dient auch der Vorschlag des Entwurfs, die Witwengelder und Waisenaussteuern zu beseitigen. Das sind bekanntlich einmalige Abfindungen an Witwen und Waisenrentenempfänger, die das 15. Lebensjahr überschritten, wenn die Witwe selbst Beiträge zu der Versicherung entrichtet hat. Um die Einrichtung ist es nicht schade. Sie ist so kompliziert und so wenig bekannt, daß ein großer Teil der Anspruchsberechtigten die Leistung nicht beantragt. Die Abfindungen haben auch volkswirtschaftlich kaum noch einen Wert. Ein Witwengeld (das nicht etwa mit der Witwenrente zu verwechseln ist) beträgt im Durchschnitt 84 M. und eine Waisenaussteuer 27 M.! Die Erledigung der Anträge auf diese Abfindungen erfordert viel mehr Verwaltungskosten als die ganze Fürsorge wert ist.

Die bisher festgesetzten Renten, Zulagen und Beihilfen werden in dieser Höhe weiter gewährt und es tritt keine Aufbesserung ein. Das wird manche Enttäuschung hervorrufen, beträgt doch z. B. der Gesamtbezug eines Invalidenrentenempfängers nur durchschnittlich 100 M. im Monat. Ein Altersrentner erhält noch weniger. Bei der herrschenden Teuerung kann mit diesen Beträgen kein Mensch auskommen. Für die zukünftig festzusetzenden Renten tritt eine neue, vereinfachte Berechnung ein und es ist dann schon möglich, daß höhere Renten herauskommen, namentlich wenn der Rentenbewerber auch neue, erhöhte Beiträge entrichtet hat. Damit ist aber nur wenigen und nur langsam geholfen. Es werden erstmalig auch Mindestbeträge für die Renten eingeführt. Es muß eine Invaliden- und Altersrente jährlich mindestens 1000 M., eine Witwenrente 750 M., und eine Waisenrente 400 M. betragen. Die Kinderzulagen erhalten eine Neugestaltung. Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Rente bei einem Kinde um 96 M., bei zwei Kindern um 168 M. und für jedes weitere Kind um 48 M. Neu ist, daß die Zulagen auch für Enkel gewährt werden, deren Unterhalt der Rentenempfänger bestritten hat. Die Härten beim Verlust der Anwartschaft sind gemildert worden durch Aufnahme der Vorschriften in das Gesetz, welche die Verordnung vom 9. Februar 1919 enthält. Darnach gilt die Anwartschaft als nicht erloschen, wenn die zwischen dem Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Viertel durch ordnungsmäßig entrichtete Beiträge gedeckt ist.

In der Richtung der erweiterten Mitwirkung der Versicherten in der Verwaltung der Versicherung geschieht überhaupt nichts. Und doch wäre eine zeitgemäße Demokratisierung auch hier sehr nötig. Die ganzen Geschäfte der Invalidenversicherung führen „beamtete" Vorstandsmitglieder, die aufsichtsbehördlich eingesetzt werden. Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten werden nur zu bestimmten Beschlußfassungen zugezogen, die in der Satzung festgelegt sind. Die beamteten Vorstandsmitglieder stimmen auch mit ab, und sie haben meist soviel Stimmen, wie die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten zusammen. Hier sind einschneidende Aenderungen nötig: z. B. daß auch die beamteten Vorstandsmitglieder vom Ausschuß der Anstalt gewählt werden usw. Es ist nicht einzusehen, warum jetzt nicht auch in solchen Fragen das Gesetz geändert werden soll. Der Verband der Landesversicherungsanstalten schlug einmal kürzlich eine Demokratisierung der Verwaltung durch Neugestaltung der Satzungen der einzelnen Anstalten vor, die jedoch so gut wie nicht befolgt wurde. Deshalb muß der Gesetzgeber das nötige veranlassen. Der Geist der neuen Zeit muß endlich auch hier einziehen.

Hermes über die Getreidewirtschaft.

Zu Beginn der Reichstagssitzung teilt Präs. Löbe mit: Pressemeldungen zufolge soll ein weiteres Mitglied dieses Hauses, der Abg. Blas (Soz.) aus Beuthen von polnischen Insurgenten an einen unbekannten Ort verschleppt worden sein. (Hört, hört!) Dazu teilt mir der Minister des Auswärtigen mit: „Eine Bestätigung des deutschen Vertreters bei der Interalliierten Kommission liegt noch nicht vor. Graf Praschma ist sofort angewiesen worden, falls sich die Nachricht bestätigen sollte, bei der Interalliierten Kommission in nachdrücklichster Form Verwahrung gegen dieses neue Verbrechen der Insurgenten einzulegen, die sofortige Befreiung des Verschleppten und Genugtuung und Garantien gegen neue Rechtsbrüche zu verlangen.

Auf Antrag des Abg. Crispien (U. Soz.) wird die unabhängige Interpellation über die Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis als erster Punkt neu auf die Tagesordnung gesetzt.

Minister des Innern Gradnauer: Die Regierung wird die Interpellation noch in dieser Woche beantworten.

Auf der Tagesordnung stehen zahlreiche Anfragen. Unter anderem verweisen die Abgg. Weis (Soz.) und Zubeil (U. Soz.) auf die Tatsache, daß die

Reichsdruckerei

infolge unzureichender Zuweisung von Aufträgen durch die einzelnen Ministerien, die die Stinnes-Druckereien der Reichsdruckerei vorziehen, zu verkürzter Arbeitszeit und dauernden Arbeiterentlassungen gezwungen wird, wenn diesem Zustand durch die Reichsregierung nicht bald ein Ende bereitet wird.

Ein Vertreter des Reichspostministeriums: Um der Reichsdruckerei die nötigen Aufträge der Reichs- und Staatsbehörden zu sichern, sind durch den Reichskanzlererlaß vom 15. August 1910 der Präsident des Reichstags, die obersten Reichsbehörden und die preußischen Ministerien ersucht worden, alle Druckaufträge der ihnen unterstellten Behörden in Berlin der Reichsdruckerei zukommen zu lassen. Während des Krieges und zunächst auch noch in der Nachkriegszeit war die Reichsdruckerei so stark mit Aufträgen versehen, daß umfangreiche Arbeiten an die Privatdruckereien abgegeben werden konnten. Als sich später eine Abnahme der Druckaufträge bemerkbar machte, haben sich die Direktion der Reichsdruckerei und auch das Reichspostministerium unter Bezugnahme auf den erwähnten Reichskanzlererlaß bemüht, der Reichsdruckerei zukommende Arbeiten von den Behörden zu erlangen. Diese Bemühungen haben auch Erfolg gehabt, so daß eine Verkürzung der Arbeitszeit und Arbeiterentlassungen bisher nicht nötig waren. Hinsichtlich mancher Aufträge ergaben sich jedoch Schwierigkeiten, die nicht ohne weiteres zu beseitigen waren. Namentlich steht der Ueberweisung der fortlaufend erscheinenden Blätter, sowie sonstiger zur allgemeinen Verbreitung bestimmter Veröffentlichungen mehrfach entgegen, daß mit diesen auch ein Verlagsgeschäft verbunden ist. Eine genügende Versorgung der Reichsdruckerei mit amtlichen Druckaufträgen wird auch weiter nachdrücklich angestrebt. Wie allgemein im Druckgewerbe, hat sich in den letzten Wochen auch hier die Geschäftslage gebessert und es wird alles getan werden, um Entlassungen und Betriebseinschränkungen zu vermeiden.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Persner (D. Vp.) wird die Auskunft erteilt, daß die wiederholt betriebenen Schritte der deutschen Regierung, die Freilassung der 115 noch in

Avignon

zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erwirken, bisher nur das Ergebnis gehabt haben, daß 14 Gefangene entlassen sind. Die Gefangenen haben keine Klagen in bezug auf Ernährung und Gesundheitszustand, ihre seelische Verfassung hat sich aber in letzter Zeit sehr verschlechtert. Unsere Bemühungen wegen der Freilassung werden nachdrücklich fortgesetzt. Erst kürzlich hat der deutsche Botschafter in Paris dem französischen Ministerpräsidenten persönlich die dringende Bitte um sofortige Begnadigung vorgetragen. Wir hoffen, daß dieser Schritt nicht ohne Erfolg bleibt. Die Kundgebung am letzten Sonntag hat gezeigt, wie stark die Anteilnahme des deutschen Volkes am Geschick seiner unglücklichen Stammesbrüder ist. (Beifall.)

Abg. Meier-Zwickau (Soz.) verlangt Beteiligung auch derjenigen Gemeinden an der Umsatzsteuer, in welchen ein Betrieb, aber nicht dessen Verwaltung liegt. — Das Finanzministerium lehnt dies ab, wegen des allzu umständlichen Verteilungsverfahrens und weil die Gemeinden ja auch keine Mühe mit dem Veranlagungsgeschäft hätten.

Auf eine Anfrage des Abg. Geck (Soz.) teilt das Verkehrsministerium mit, daß für die Zeit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage die

Eisenbahnmonatskarten ermäßigt

werden sollen auf das Sechszehnfache der Einzelfahrt, die Arbeiterwochenkarten auf sieben Achtundzwanzigstel der Monatskarten. Die Ermäßigung könne jedoch erst zum 1. September durchgeführt werden.

Der Verkehr mit Getreide.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Ein Antrag Dusche (D. Vp.) fordert die Ablehnung der Vorlage und Einführung der freien Wirtschaft für Getreide.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes:

Es geht zu weit, wenn man schon jetzt von einem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Getreideversorgung spricht, obgleich die Erfassung durch die Reichsgetreidestelle, auf die ungefähr die Hälfte der versorgungsberechtigten Bevölkerung angewiesen ist, ständig zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist außer auf das produktionshemmende Bewirtschaftungssystem vor allem auf die Abneigung der Landwirte gegen die weitgehende Fesselung zurückzuführen. Insgesamt werden auf Grund des bisherigen Wirtschaftssystems im laufenden Wirtschaftsjahr rund 3,5 Millionen Tonnen Inlandsgetreide aufgebracht werden, wovon ungefähr 3,2 Millionen Tonnen auf Brotgetreide entfallen. Da bei Aufrechterhaltung der alten Form mit ihrem Zusammenbruch wenigstens für die Reichsgetreidestelle gerechnet werden müßte, kann sie nicht aufrechterhalten werden. Wir sind überzeugt, daß eine vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist, weil dabei die Sicherung des bisherigen Bedarfs zu erschwinglichen Preisen nicht erreicht werden könnte. Dem Hinweis darauf, daß der Preis des Inlandsgetreides bei freier Wirtschaft durch Verbilligung des Auslandsgetreides mittels Reichszuschüssen niedrig gehalten werden könnte, muß widersprochen werden, denn es wäre die Bereitstellung von ausländischen Zahlungsmitteln im Werte von 14 bis 15 Milliarden deutscher Papiermark erforderlich. Das verbietet aber die Finanzlage des Reiches. Voraussetzung für die Freigabe der Wirtschaft wäre eine ausreichende Reserve an Getreide; eine solche läßt sich aber nicht bilden. Ein Vergleich mit den Erfahrungen der freien Fleischbewirtschaftung läßt sich nicht aufstellen, denn der Fleischverbrauch kann ohne Gefährdung des Ernährungszustandes der Bevölkerung eingeschränkt werden. Schon im Frieden konnte der Getreidebedarf der einheimischen Bevölkerung aus der Inlandsernte nicht voll gedeckt werden. Sichere Anzeichen für eine merkliche Hebung der Getreideerzeugung liegen noch nicht vor, aber es eröffnen sich

für die nächste Ernte bessere Aussichten.

Die Frage der Einführung der freien Wirtschaft ist letzten Endes eine Frage der Entwicklung unserer Valuta und der Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches. Wir verkennen nicht, daß das Umlagesystem bereits von vielen Landwirten abgelehnt wird, weil sie die freie Wirtschaft fordern. Trotzdem wird das Umlagesystem, wenn die Umlage in mäßiger Höhe gehalten wird, bessere Erfassungsergebnisse zeitigen als die Zwangswirtschaft, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Länder die neuen Haftungsvorschriften rücksichtslos durchführen. Wir glauben, daß die Erhebung einer mäßigen Umlage mit gleichzeitiger Freigabe des Ueberschusses eine geeignete Uebergangsform zur freien Wirtschaft ist. Diese ermöglicht die Getreideversorgung der Bevölkerung zu erträglichen Preisen ohne Reichszuschüsse, steigert gleichzeitig durch eintretende Erhöhung der Rentabilität des Getreidebaues die Produktion und bereitet dem Schleichhandel ein Ende. Die Einfuhr von Brotgetreide muß noch zentralisiert bleiben. Bei Gerste und Hafer wird der freie Handel wieder eingeschaltet werden können.

Der Brotpreis

im kommenden Wirtschaftsjahre hängt davon ab, welche Zuschüsse aus Reichsmitteln zur Verbilligung des Mehls ausgeworfen werden können. Im laufenden Jahr sind 10—15 Milliarden für diesen Zweck angefordert worden. Dieses System muß schrittweise abgebaut werden. Verbunden damit muß eine Erhöhung von Lohn und Gehalt gehen. Im kommenden Wirtschaftsjahr müssen daher noch allgemeine Mittel für die Verbilligung von Auslandsgetreide flüssig gemacht werden. Der künftige Mehl- und Brotpreis muß der großen Masse der Bevölkerung angepaßt werden. Der Preis des Umlagegetreides kann erst kurz vor der Ernte festgesetzt werden. Heute ist die Indexkommission zusammengetreten. Um angemessene Preissteigerungen bei dem freien Getreide hintanzuhalten, soll neben der Brotration weiter amerikanisches Kochmehl ausgegeben werden.

Abg. Edler v. Braun (Dnat.): Wir warnen vor dem Umlageverfahren, das einen Zusammenbruch der Getreidewirtschaft zur Folge haben muß. Die ganze Getreidewirtschaft kostet allein an Gehältern 1,9 Milliarden Mark für das ganze Reich. In Berlin sind allein 20 000 Personen in der Getreidewirtschaft beschäftigt.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.):

So einfach, wie Herr v. Braun die Dinge darstellt, liegen sie nicht, vielmehr stehen wir vor einer sehr folgenschweren Entscheidung. Die Zwangswirtschaft wird von der Rechten zu Unrecht als eine sozialistische Wirtschaft bezeichnet, sie wurde von einer bürgerlichen Regierung aus nationalen Gründen eingeführt. Das Umlageverfahren genügt allein nicht, um den breiten Massen billiges und gutes Brot zu garantieren, deshalb muß die Zwangswirtschaft beibehalten werden. Wir haben der Landwirtschaft die Berechtigung, Gewinne zu machen, niemals bestritten; aber diese Gewinne dürfen die Massen der Verbraucher nicht in ungerechtfertigter Weise benachteiligen. Die Vertretungen der Landwirtschaft haben das Umlageverfahren oft und nachdrücklich gefordert: jetzt wird es plötzlich von ihnen abgelehnt. Die notwendige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ohne Zwang unmöglich. Man wird Maßregeln ergreifen müssen gegen Landwirte, die absichtlich die Produktion vernachlässigen. Herr v. Braun hat in einem Artikel noch vor zwei Jahren staatlichen Zwang auf eine Mindestleistung von Produktion gefordert. (Hört, hört! links.) Die 3 Millionen Tonnen, die das Umlageverfahren garantieren soll, genügen nicht, um eine ausreichende Ernährung des Volkes zu gewährleisten. Die Vorlage würde ihren Zweck verfehlen, wenn die Haftung der Länder für die Getreidemengen beseitigt wird. Gegen die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel kann die Arbeiterschaft sich nur schützen, wenn sie in ihren Organisationen einig zusammensteht. Herr v. Braun sprach davon, daß der Achtstundentag in der Landwirtschaft abgebaut werden müsse. Herr v. Braun müßte wissen, daß es in der Landwirtschaft niemals einen Achtstundentag gegeben hat, und daß die deutschen Landarbeiter länger arbeiten müssen als die ausländischen. Denjenigen Arbeitern, die das Recht haben, Getreide vom Arbeitgeber zu kaufen, muß der Umlagepreis angerechnet werden, keineswegs der höhere Weltmarktpreis. Die Vorlage ist für uns nur dann ein Weg, die Ernährung der breiten Massen aufrechterzuerhalten, wenn unsere Verbesserungsanträge angenommen werden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr: Fortsetzung von heute, Aenderung des Wehrgesetzes, Kleine Vorlagen.

Schluß 1/7 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Sportkartell (XVIII. Bezirk) Weißensee, Hohenschönhausen, Malchow, Falkenberg, Wartenberg. Die nächste Kartelldelegierten-Sitzung findet am Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Mosche, Berliner Allee, statt. Alle Delegierten müssen unbedingt erscheinen. — Schleswig-Holsteiner. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, Zusammenkunft von „Landslüd an de Waterkant" im Restaurant Patzenhofer, Köpenicker Str. 70 (von der Brückenstraße).

Erregte Szenen im Hölzprozeß.

In der gestrigen Nachmittagsitzung ließ Hölz sich aus seiner gemachten Ruhe bringen. Eine Reihe Zeugen hatten die Gewalttaten geschildert, mit denen er vorgegangen war. Nach der Darstellung von Hölz wären das Notwendigkeiten gewesen, die einem politischen Zweck dienen sollten. Er habe durch diese Akte, durch Brandstiftungen und Sprengungen, einen Druck ausüben wollen, um die Zurückziehung der Sipo zu erzwingen und Blutvergießen zu verhüten. Die Sipo sei unter dem Vorwand, Ruhe und Ordnung zu schaffen, zu einer Zeit eingesetzt worden, wo in den betreffenden Orten Ruhe und Ordnung bestand. Hier bemächtigte sich der aus Eisleben, Helbra und Hettstedt erschienenen Zeugen eine bittere Heiterkeit, in die auch ein Teil der Zuhörerschaft einstimmte. Hölz geriet in Erregung darüber, daß man den Grundgedanken seiner Verteidigung nicht glauben wollte. Obwohl der Vorsitzende die Heiterkeitsäußerungen sofort gerügt hatte, wandte auch Hölz sich noch an die Lacher mit einer verweisenden Ansprache. Um den ihn unterbrechenden Vorsitzenden kümmerte er sich nicht viel.

*

Nach der Mittagspause wurde zunächst der Zigarrenhändler Beier vernommen, der Hölz in außerordentlich schwerer Weise belastet, und dessen Aussagen infolgedessen von der Verteidigung angezweifelt werden. Der Zeuge erklärt: Eines Nachts erschienen zwei Kerle in meinem Geschäft und verlangten **2000 Zigarren und mehrere tausend Zigaretten**, natürlich **ohne Bezahlung**. Da ich offenen Widerstand nicht leisten konnte, vertröstete ich sie auf den nächsten Tag und erreichte auch, daß sie mein Haus verließen. Kurz darauf wurden gegen meinen Laden eine Anzahl Schüsse abgefeuert. Am nächsten Tag kam Max Hölz zu mir und behauptete, ich hätte auf seine Genossen mehrere Schüsse abgegeben. Er durchsuchte nicht nur meine Wohnung, sondern auch mich selbst und fand bei mir einen Revolver. Voller Wut schlug er mit der Waffe auf mich ein und durchstöberte dann alle Stuben. Ich versuchte Hilfe herbeizurufen, erhielt aber leider keine Unterstützung. Auf Umwegen kehrte ich nach Hause zurück und mußte mit ansehen, **wie Hölz in unsinniger Weise umhertobte und mit dem Revolver um sich schoß**. Eine Kugel schlug bei meinen Kindern zwischen den Füßen meines Sohnes ein, zwei andere Kugeln feuerte er in die Stube, wo meine Eltern saßen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. **Hölz:** Die Aussage dieses Zeugen ist völlig entstellt. Meine Genossen könnten mir das bestätigen, aber ich will ihre Namen nicht angeben. Ich habe in der Wohnung des Zeugen weder Geld noch Ware an mich genommen, obwohl ich mich damals in solchen Situationen dazu berechtigt glaubte. — **Rechtsanwalt Hegewisch:** Haben Sie, Herr Zeuge, sich dazu erboten, Hölz zu ermorden? **Zeuge:** Niemals. — **Hölz:** Dann bitte ich festzustellen, ob der Zeuge von der Sipo in Eisleben nicht ausdrücklich Waffen erbeten hat, um mich beiseite zu bringen. Das wird wohl auch Staatsanwalt Jäger nicht leugnen wollen. — Staatsanwalt **Jäger:** Das ist vollkommen unrichtig. Der Zeuge hat selbst in der Voruntersuchung bekundet, er habe sich der Sipo zur Verfügung stellen wollen, um mit gegen Hölz zu kämpfen. — Die beiden folgenden Zeugen Bergmann **Werner** und **Steinhoff** bekunden übereinstimmend, sie seien von der Hölzschen Bande zum Dienst gepreßt worden. Werner will gehört haben, daß Hölz in Hettstedt eine Villa, die Post und Bahnanlagen sprengte. Steinhoff erklärt noch, daß Hölz nach der Sprengung der Post

6 Mann zur Plünderung

dorthin entsandt habe.

Der Inspektor Walter **Graf, der auf einem Gut bei Hettstedt** angestellt ist, sagt aus, daß eines Nachts 8 Lastautos auf das Gut kamen und Verpflegung und Unterkunft verlangten. Für Hölz und seine Unterführer mußten besondere Zimmer hergerichtet werden. Ein gewisser Franz erpreßte von dem Zeugen 2000 M. und am nächsten Morgen noch 6000 M. unter der Drohung, daß der Inspektor sonst totgeschlagen werde. Als dann plötzlich ein Radfahrer kam und meldete, daß Sipo im Anrücken seien, verschwand die ganze Räuberbande in 10 Minuten. Graf fand später in einem Zimmer eine Rotweinflasche, die sorgfältig verkorkt und bis zum Rand mit Dynamit gefüllt war. Bevor die Rotgardisten abrückten, sagte Hölz zu einem Unterführer: „Ich gehe jetzt in den nahen Gasthof, bringe unsere Leute dorthin.

Wer nicht mitmacht, wird erschossen.“

Der nächste Zeuge Bergmann **Paul Sander**, gegen den ebenso wie gegen Werner und Steinhoff Anklage wegen Plünderung, Landfriedensbruches usw. erhoben ist, will ebenfalls nur gezwungenermaßen unter Hölz Dienst getan haben. Eines Tages seien in seinem Wohnort Alsdorf 4 bewaffnete Anhänger von Hölz erschienen, hätten mit geladenen Gewehren die Männer aus den Schankwirtschaften geholt und zu Hölz gebracht. Dieser teilte die angeblich gepreßten Mannschaften in Gruppen und Kompagnien ein, und man zog dann nach Eisleben. Als der Trupp die Villa des Oberstabsarztes Evers erreicht hatte, krachten mehrere Schüsse und Hölz schrie: „Feuerüberfall!“ Darauf sei Hölz mit 6 Bewaffneten in die Villa eingedrungen und habe sie gesprengt, während der Zeuge, nach seiner Aussage, flüchtete.

Der Telegraphenleitungsaufseher **Klapprod** schildert dann sein Zusammentreffen mit Hölz. Am 24. März seien mehrere Lastautos Bewaffneter auf der Straße von Siersleben nach Hettstedt herangerückt, und die Hölzsche Bande habe dabei die Eisenbahnanlagen gesprengt und die Telegraphenmasten abgesägt. Später sei Hölz in die Wohnung des Zeugen gekommen, um Nahrungsmittel zu requirieren. Da nichts anderes vorhanden war, habe sich Hölz mit trockenem Brot begnügt. Als letzter Zeuge wurde dann noch der Kaufmann **Ludwig** aus Hettstedt vernommen, der in ausführlicher Weise über die Sprengung seines Hauses, in dem 6 Familien wohnten, berichtete. Spät abends sei ein Mann zu ihm gekommen, der erklärte: Wir sprengen jetzt Ihr Haus, verlassen Sie mit Ihrer Familie schleunigst die Zimmer. Alle Vorstellungen, daß

6 kleine Familien dadurch obdachlos

würden, hätten nichts genutzt. In unmenschlicher Weise vertrieben die Eindringlinge die Bewohner und sprengten dann das Haus in die Luft. Der entstandene Schaden betrug etwa 220 000 M. Alle Familien mußten mit den Kindern in den Keller flüchten, wo sie die Nacht verbrachten. **Vors.:** Was sagen Sie dazu, Hölz? **Hölz:** Es ist alles richtig. Ich selbst habe das Haus, eine Druckerei und die Post gesprengt. Es war taktisch notwendig. —

Zu außerordentlich bewegten Szenen, bei denen selbst der Angeklagte seine sonst zur Schau getragene kalte Ruhe verlor, kam es, als auf Antrag des Rechtsanwalts Hegewisch nochmals der Zeuge Zigarrenhändler Beier vernommen wurde. Der Verteidiger wünschte, daß der Zeuge auch am heutigen dritten Verhandlungstag vor Gericht erscheine, da sein Klient nach wie vor behaupte, Beier habe ihn ermorden wollen. **Zeuge Beier:** Ich kann mir diese unsinnige Behauptung nur so erklären, daß ich einmal in der Voruntersuchung gesagt habe, das Gericht solle mir den Hölz nur übergeben, wenn es mit ihm nicht fertig würde. **Hölz:** Mein Beweisantrag richtet sich weniger gegen den Zeugen, als gegen Staatsanwalt Jäger, der ganz genau weiß, daß das, was ich sage, richtig ist, der aber trotzdem den Zeugen Beier noch in Schutz zu nehmen sucht. Ich möchte hier zu den Sprengungen in Hettstedt noch prinzipiell eine Erklärung abgeben. Diese Sprengungen sollten

einen Druck auf die bessergestellten Klassen

und auf die Sipo ausüben, um sie zum Verlassen des Ortes zu zwingen. Ich habe mit diesen Gewalttaten doch unbestreitbar große Erfolge gehabt. Und schließlich war es immer noch besser, wenn ein paar Häuser kaputt gingen, als wenn Menschenblut fließen mußte. Selbstverständlich konnte weder ich noch ein anderer vorher wissen, ob der von mir angewendete Druck auf die Bürger und die Sipo auch den gewünschten Erfolg haben werde. Staatsanwalt **Jäger:** Sie mußten sich doch aber sagen, daß diese Schandtaten die Sipo nun erst recht zu energischem Eingreifen veranlassen würde. **Hölz:** (mit starker Betonung). **Das ist es ja eben. Die Sipo brauchte doch nicht dort einzugreifen, wo Ruhe und Ordnung war.** — Auf diese Worte des Angeklagten erhebt sich im Zuschauerraum, und besonders auf den Zeugenbänken, ein außerordentlich lebhafter Protest. Besonders die Hettstedter Zeugen protestieren durch Worte und Gebärden nachdrücklichst gegen diese Behauptung des Angeklagten und man hört Rufe, wie: unerhört, unglaubliche Frechheit, Räuberordnung usw. **Vors.** (zum Publikum): Ich verbitte mir jede Gefühlsäußerung. **Hölz dreht dem Gericht den Rücken und spricht**

zu den Zeugen und Zuhörern:

Durch Ihr Lachen zeigen Sie mir, daß Sie anderer **Ansicht** sind. Aber das ist mir vollkommen gleichgültig. Ich .... **Vors.** (in höchster Erregung): Ich verbitte mir ein für allemal, daß Sie sich in eine Diskussion mit den Zeugen und den Zuhörern einlassen. Sie haben sich nur dem Gericht gegenüber zu verantworten. **Hölz** (ebenfalls sehr erregt): **Wenn ich rede, dann rede ich eben.** Wer hat denn die Ordnung in Mitteldeutschland gestört? Doch niemand anders als Hörsing, der durch seine Häscher erst den kommunistischen Aufstand inszeniert hat. Wir haben dem Proletariat bewiesen, daß lediglich die Sipo es gewesen ist, die überall dort, wohin sie kam, Verwirrung angerichtet und Blutvergießen entfesselt hat. Rechtsanwalt **Hegewisch** (aufspringend): Der größte Teil des Publikums in diesem Saal hat soeben gegen Hölz Stellung genommen. Das ist die Folge davon, daß in diesem Saal nur die Vertreter der besitzenden Klassen sich befinden. Wären auch Arbeiter da, hätte das Publikum eine derartige Haltung zu zeigen nicht gewagt. — **Hölz:** Vor Vertretern des Proletariats hätte das Gericht es nicht gewagt, derart gegen mich vorzugehen. Sie behandeln mich auch nur deshalb in dieser Weise, weil Sie sich auf eine ausgedehnte bewaffnete Macht stützen. Wären Arbeiter hier .... **Vors.** (unterbrechend): Wir fürchten uns vor niemand, Hölz, merken Sie sich das.

Darauf wurde die Sitzung auf Mittwoch früh 9½ Uhr vertagt.

13. Generalversammlung der Glasarbeiter

Der zweite Verhandlungstag begann mit dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Girbig-Berlin. Er schilderte die Zusammenarbeit im Vorstand, die besser sein müßte. Schuld an diesem Zustand sei die politische Orientierung einiger Vorstandskollegen. Unstimmigkeiten entstehen auch durch den in Jena gewählten Beirat, wie auch durch die Einsetzung der 5 Revisoren. Dadurch werden die Arbeiten des Vorstandes gehemmt. Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß der Verband in Zukunft keinen Beirat gebraucht, und daß die Revisoren dem Vorstand angehören müssen, um ein gedeihliches Arbeiten zu ermöglichen. Im weiteren schilderte Girbig die Not der Kurzarbeiter und die schlechten Lebensverhältnisse der Kollegen. Zu den Betriebsräten übergehend, spricht Redner die Ansicht aus, daß die Betriebsräte der einzelnen Betriebe noch vielmehr Mißstände beseitigen könnten, wenn eine noch bessere Auswahl unter den Kollegen getroffen werde und wenn bestehende Einrichtungen zur Schulung der Betriebsräte benutzt würden. Im weiteren empfiehlt Redner der Generalversammlung, daß auch die Kollegen des Glasarbeiterverbandes zum Besuch der Arbeiterakademie in Frankfurt entsendet werden. Girbig machte sodann über die Entwicklung der Glasindustrie Amerikas bemerkenswerte Ausführungen über technische wie sanitäre Einrichtungen. Die Kollegen der amerikanischen Glasarbeiterorganisation haben dem Vorstand die Einladung überbracht, zwei Kollegen nach Amerika zwecks Information zu entsenden. Die amerikanische Organisation erbot sich, dafür die Kosten zu übernehmen. Zur Beschaffung der Rohstoffe für die Glasindustrie bemerkte der Redner, daß

Oberschlesien unbedingt bei Deutschland

bleiben müsse, da sonst die Glasindustrie sehr schweren Zeiten entgegen gehe.

Den Kassenbericht gab Grünzel. Für die Redaktion berichtete Redakteur Graß-Berlin, für den Verbandsausschuß Preußger-Dresden.

Ein Antrag, den unbesoldeten Vorstandsmitgliedern eine Redezeit von 30 Minuten zu gewähren, um sich gegen die Vorwürfe Girbigs zu wehren, wurde mit 78 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht wurde von Burde-Berlin eröffnet. Bis zur Mittagspause hatten sich 9 Redner an der Aussprache beteiligt. Die Redner wandten sich vor allem gegen die von Girbig gemachten Vorstellungen über erschwertes Arbeiten durch den Beirat wie durch die Revisoren. Ebenfalls wurden die zum Vorstandsbericht gestellten Hauptanträge — Herausgabe einer Jugendschrift, Streichung der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der Streikunterstützung, Erhebung eines Extrabeitrages zum Streikfonds usw. — mit erörtert.

In der Nachmittagssitzung wies Muche-Muskau auf mögliche Ersparnisse hin, die gemacht werden könnten. Preußer-Homburg begründete Anträge auf Gründung eines Streikfonds aus Extrabeiträgen, Beschränkung der Zahl der Verbandsangestellten, einmonatliche Kündigung derselben, möglichste Selbständigkeit der Arbeiter. Sie müßten zur Aufnahme des schärfsten Kampfes im Sinne der Moskauer bereit sein. — Knöfel-Moritzdorf plädierte für Erhöhung des Verbandsvermögens und eine Aufbesserung der Beamtengehälter. Wernike-Ruhland gab in temperamentvoller Weise ein Bild trauriger Arbeiterverhältnisse in Moskau, die er aus dem Munde seines Bruders genau kenne. Burde-Berlin begründete eine von ihm eingebrachte Resolution, den ADGB. aufzufordern, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der zehn Forderungen von der Regierung zu erzwingen.

Müller (Vertreter des ADGB.) unterstützte Wort für Wort, was über

die Not der Arbeitslosen

und die Notwendigkeit, ihnen zu helfen, gesagt und durch die Resolution verlangt wird, aber er bestritt ganz entschieden, daß man mit irgendwelcher sachlichen Berechtigung dem ADGB. Vorwürfe machen könne. Müller schilderte, in welcher Weise durch den ADGB. für die Durchführung der 10 Punkte gearbeitet wird. Der ungenügende Erfolg liege nicht zum wenigsten darin begründet, daß durch die letzten Reichstagswahlen die alte, der Arbeiterklasse günstigere Parlamentsmehrheit verloren ging. M., öfter von Widerspruch und Zustimmung unterbrochen, ersuchte, keinen kommunistischen Absichten, die Arbeitslosenfrage als Vorspann zu benutzen, Folge zu leisten. Die Resolution hat er abzulehnen und statt dessen einen Beschluß zu fassen, der sich gegen die verantwortliche Stelle, die Regierung, richtet. —

Gauleiter Dirschel ist der Meinung, daß der ADGB. energischer bei der Regierung hätte vorgehen sollen. — Gegen 6 Uhr teilte der Vorsitzende mit, daß noch 68 Redner gemeldet seien. Es sprachen noch eine größere Anzahl Redner und gaben Anregungen zum Geschäftsbericht. Einzelne kommunistische Delegierte führten insbesondere aus, daß sie nicht die Absicht hätten, die Bewegung zu spalten. Sie seien aber das vorwärtstreibende (?) Element. — Die Diskussion wird fortgesetzt.

Soziales.

Angestellte und Angestelltenversicherung.

Man schreibt uns: Die bürgerlichen Blätter stimmen gelegentlich der durch den Reichstag beschlossenen Erweiterung der Angestelltenversicherungsgrenze Klagelieder an. Sie spielen sich als Schützer der Angestellten auf, die über 15 000 Mark Gehalt beziehen und die bisher von der Angestelltenversicherung befreit waren. Wir können es von unserem Standpunkt aus nur begrüßen, daß auch die Schichten der Angestellten, die bis 28 000 Mark Einkommen haben, in die Angestelltenversicherung mit einbezogen werden. Denn diese, wenn auch nicht gut besoldeten, so doch zum Teil bessergestellten Leute geben der Versicherung eine viel gesündere Basis, als es die niedrigst bezahlten Angestellten tun können. Bei dieser Gelegenheit täuschen die bürgerlichen Blätter den Angestellten vor, daß sie den vollen Beitrag von ihrem Gehalt zu zahlen hätten. So schreibt z. B. das „Berliner Tageblatt“, daß, wer ein Gehalt von mehr als 15 000 Mark hat, an Beiträgen monatlich 98,50 Mark zahlen müsse. Dabei wird verschwiegen, daß die Hälfte dieses Beitrages der Unternehmer zu tragen hat.

Die bürgerlichen Blätter beschreiten damit denselben Weg, den ein Teil der privaten Versicherungsgesellschaften gegangen ist, um die Angestellten dafür zu gewinnen, sich von der eigenen Beitragspflicht befreien zu lassen. Diese privaten Lebensversicherungsgesellschaften scheuen sich seit Monaten nicht, unter Angabe falscher Beitragssätze und anderer irriger Behauptungen eine Propaganda unter den Angestellten zu entfalten, um diese zum Abschluß einer Lebensversicherung zu bewegen. Zu ihrem eigenen Schaden haben sich viele Angestellte durch diese Propaganda zu Versicherungsabschlüssen bewegen lassen und sind den dringenden Warnungen der freigewerkschaftlichen Angestelltenpresse nicht gefolgt.

Wir können hier deshalb nur noch einmal unsere warnende Stimme erheben. Noch ist nicht zweifelsfrei, ob durch die Novelle zur Angestelltenversicherung überhaupt eine Befreiung von der eigenen Beitragsleistung vorgesehen wird und in welchem Umfange sie gewährt werden wird. Deshalb ersuchen wir alle freigewerkschaftlich organisierten Angestellten, sich vor Abschluß einer Lebensversicherung erst mit der Rechnungsstelle Berlin der „Volksfürsorge“, der von der freiorganisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufenen Versicherungsgesellschaft, Engelufer 18 part., in Verbindung zu setzen. Hier wird allen Angestellten kostenlos sachgemäße Auskunft erteilt.

Die Ausbildung zum Gemeindearzt.

Der preußische Wohlfahrtsminister teilt im Anschluß an einen Erlaß, durch den er Richtlinien für die Ausbildung von Kommunalärzten und für das Verhältnis des Kreisarztes zur kommunalärztlichen Tätigkeit bekanntgegeben hatte, mit, daß inzwischen in Berlin-Charlottenburg, Breslau und Düsseldorf sozialhygienische Akademien ins Leben gerufen und von ihm als Unterrichtsstätten im Sinne des Erlasses anerkannt worden sind. Das Ergebnis des ersten Ausbildungslehrganges an jeder Akademie liegt bereits vor und ist erfreulich; die gemachten Erfahrungen werden dazu dienen, die nächsten Lehrgänge noch wirksamer zu gestalten. Der Minister ersucht, hiervon den in Betracht kommenden Gemeinde- und Kreisverwaltungen Kenntnis zu geben und ihnen zu empfehlen, bei der Besetzung von Kommunal- und Fürsorgearztstellen ihr Augenmerk besonders auf die Bewerber zu richten, die an einem Lehrgang einer der genannten drei Akademien teilgenommen haben und über dessen regelmäßigen Besuch eine Bescheinigung der Akademie vorlegen.

Der deutsche Rentnerbund fordert in einer Entschließung seines Bundestages ein Rentnerfürsorgegesetz folgenden Inhalts: Einrichtung von selbstverwaltenden Rentnerkommissionen, Anerkennung des Rentnerbundes als einzige Rentnervertretung, die organisatorisch berufen ist, Gutachten usw. in Rentnerfürsorgesachen abzugeben und in allen Rentnerfragen gehört zu werden. Steuerbefreiung für Rentner mit 10 000 M., bei Ehegatten mit 12 000 M. jährlichem Einkommen, wenn keine Abkömmlinge vorhanden sind, die zur Unterstützung in der Lage sind. Freilassung der Vermögen bis zu 100 000 M. von allen Vermögenssteuern, wenn sie als Rentnervermögen dienen müssen. Befreiung der Rentner von der Kapitalertragsteuer, soweit das jährliche Einkommen 12 000 M. nicht übersteigt. Einführung des Rentner-Darlehns nach dem Vorbild von Dresden und Freiburg (gegen Verpfändung von Werten, die erst mit dem Tode liquidiert werden und Zinsgenuß auf Lebenszeit ungeschmälert lassen). Schaffung einer Altersrentenanleihe, die der Rentner bei einem bestimmten Lebensalter zeichnen darf, schließlich Zuschußgewährung zum Zinseinkommen bis zur Höhe der Erwerbslosenunterstützung.

Aus aller Welt.

Die Juden ruinieren Volk und Staat!

Das kann man von unseren Pogromhelden, die das Volk über die christlich-germanische Ursache seines Elends, die Kriegsverlängerer und Volksaushungerer, täuschen wollen, täglich bis zum Ueberdruß hören. Wenn es richtig ist — wie müßte es für England gelten, wo seit Jahrzehnten ungetaufte Juden die hervorragendsten Stellungen im öffentlichen Leben bekleiden. Wir finden in den „Illustrated London News“ die Porträts einer ganzen Anzahl solcher Persönlichkeiten, von denen wir nur folgende nennen wollen: Alfred Mond, Arbeitsminister, Philip Sassoon, Sekretär des Ministerpräsidenten, Marcus Samuel, gew. Lord-Mayor von London, Matthew Nathan, Gouverneur von Queensland, Lord Reading, Vizekönig von Indien, General John Monash, Kommandeur des australischen Armeekorps 1918, Herbert Samuel, Oberkommissar für Palästina, Philipp Magnus, Vertreter der Londoner Universität im Parlament, E. S. Montagu, Staatssekretär für Indien (mit Monokel, Ihr Herren!). Von den führenden Künstlern jüdischer Abstammung und Konfession wollen wir gar nicht reden, denn für das deutsche Volk Musik zu machen und Kunstwerke zu schaffen, dürften ja selbst unsere Antisemiten den Juden noch weiter gnädigst gestatten!

Von einem Hellseher überführt? Das Dresdener Schwurgericht verurteilte den Schuhmacher Otto Heese aus Bernburg wegen Totschlags zu vier Jahren Zuchthaus. Heese hatte nach einem Streit seine Frau erwürgt. Der Prozeß erregt deshalb Aufsehen, weil Heese, der anfangs seine Schuld bestritt, durch einen Hellseher des Totschlags beschuldigt worden war und später auch die Tat eingestanden hat.

Wegen Verrats von Fabrikgeheimnissen wurde der 14 (?) Jahre alte Maschinenführer Johann Hauck-Haßloch vom Schöffengericht Neustadt i. D. Pfalz zu **1 Jahr Gefängnis** verurteilt, weil er im April 1920 einem Ausländer fünf Zeichnungen von Maschinen und geheimgehaltenen Verfahren aus der Farbenfabrikation für die Summe von 450 000 M. verkauft hatte.

Geldmenschen untereinander. Als Anstifter und Anwerber der Täter, die kürzlich beim Ueberfall in der Wiener Wohnung des russischen Fabrikanten Redel Wertsachen im Betrage von einer Million Kronen geraubt haben, wurde der italienische Juwelier und Großeinkäufer Marchesini verhaftet. Marchesini stand zu Redel in geschäftlichen und freundschaftlichen Beziehungen.

Briefkasten der Redaktion.

Schriftliche Auskunft wird nicht erteilt.

K. H. 1. 1. Gustav Zeymeisel, Neukölln, Hermannstr. 178. 2. In den Zelten 23. — E. M. 1. 1. Straßmannstr. 5. 2. Ja. 3. Zweckmäßig direkt bei einer Bankleitung anfragen. — E. K. 4. 1. Zum Teil ja. 2. Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, Berlin, Königgrätzer Str. [illegible]

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Mona Lisa
7 Uhr

Schauspielhaus
Zum 275. Male
Peer Gynt
6½ Uhr

Deutsches Theater
7½ Uhr: Potasch u. Perlmutter
Do. 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
8 Uhr: Mesalliance
Donn. 8: Frühlings Erwachen

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 U.: Ein Sommernachtstraum
(11. Abteilung 5. Abend)
Do. 7 U.: Sommernachtstraum
(12. Abteilung 5. Abend)

Theater i. d. Königgrätzer Str.
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
9 Uhr: Satans Maske
Maria Orska
Johannes Riemann
Paul Bildt

Berliner Theater
Allabendlich 7.30 Uhr:
Das Milliarden Souper
Hilde Wörner, Ralph Artur Roberts, Uschi Elleot, Herbert Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge van der Straaten, Isa Marsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg

Central-Theater
8 Uhr: Jlonka

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: La Traviata

Friedr. Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Die Kleine aus der Hölle

Kl. Schauspielhaus
7½ Uhr: Reigen

Kleines Theater
7½ Uhr: Olga Limburg in Nur ein Traum

Lustspielhaus
7¼ Uhr: Arnold Rieck in Die spanische Fliege

Metropol-Theater
7½ Uhr: Die blaue Mazur

Neues Operettentheat.
7½ Uhr: American-Girl

Neues Volkstheater
7 Uhr: Die St. Jakobsfahrt

Residenz-Theater
7½ Uhr: Max Adalbert in Ab dafür!

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: Die versilberte Braut

Schloßpark-Theat.
Steglitz, Schloßstraße 48
7½ U.: Timon

Thalia-Theater
7½ Uhr: Mascottchen

Th. am Nollendorfplatz
8¼ Uhr: Der Strom
7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Theater des Westens
7½ Uhr: Morgen wieder lustig!

Trianon-Theater
7½ Uhr: Alfred Abel in: Am Teetisch

Th. i. d. Kommandantenstr.
7½ Uhr Die goldene Freiheit

Wallner-Theater
Ab Sonnabend
7½ Uhr: Der Kuhreigen

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Scheidungsreise

Komische Oper
Opernspielzeit
Täglich 7¾ Uhr
Alt-Heidelberg
Oper von Pacchierotti
Stg. 3½: Der Barbier v. Sevilla

Rose-Theater
Wo die Schwalben nisten

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7–9
Täglich 4½ Uhr:
Die Schönste v. allen
Operette i. 3 Akt. v. Jean Gilbert
Varieté-Sensationen

Metropol
Behrenstraße 54
Präzis 7½ Uhr: Internat.
Damen-Boxkämpfe
und der unübertreffliche Juni-Spielplan

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
7 Uhr: Die lange Jule

Lessing-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Götz)

Deutsches Künstler-Theater
7½ Uhr: Rosenmontag
(Haack, Loos, Schroth)

Apollo Theater
7½ Uhr James Klein 7½
Die große Ausstattungs-Schau
Tip Tip Hurrah!
Ueber 150 Mitwirk. mit dem bekannten
Wilhelm Bartstein
Albert Paulig
Heinz Sarnow
Erna Alberti
Else Schlolcka
Orig.-Pferderennen

Folies Caprice
Linienstr. 132 am Oranienbg. T.
Täglich 8 Uhr:
Schlafzimmergeheimnis
und
Liebe en gros
mit Ferd. Grünecker.

Wintergarten
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Th. a. Kottbuser Tor
Tel. Moritzpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Witz! Komik!
Urkom. Typen!
Größt. Lacherfolg
Vorvk. 11–1½, 4–6 U.

Reichshall.-Theater
Stettiner Sänger
Anfang 7½ Uhr
16. Juni:
Britton-Benefiz

Admirals-Palast
7½ Uhr: Die roten Schuhe

Schau-Burg
Königgrätzer Straße 121.
Täglich 8½ Uhr:
Herrnfeld-Gastsp.
Wer ist der Vater?
Ab 7 Uhr:
Filmprogramm

Park-Restaurant Südende
Südring 1224
Tanz-Abende
täglich
außer Montag

Auf bequeme Teilzahlung
HERREN-
Anzüge · Paletots
Schlüpfer · Gummimäntel
DAMEN-
Kostüme · Kleider
Röcke · Blusen
Größte Auswahl!
Herabgesetzte Preise!
B. FEDER
Brunnenstraße 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlottb., Scharrenst. 5

WALLNER-THEATER
Wallner-Theater-Str. 35 · Sommerdir.: Heinrich Neft
Sonnabend, den 18. Juni, 7½ Uhr:
DER KUHREIGEN
Oper von Wilhelm Kienzl
In den Hauptpartien:
Kammersänger Adolf Lussmann
Margarete Schleemüller
Der Vorverkauf hat begonnen

Keine Filialen mehr. — *Nur Berlin Gertraudtenstr. 23/30* — *23/30 Ecke Spittelmarkt*

Ausverkauf

der in der Saison verbliebenen Bestände zu sehr erheblich herabgesetzten Preisen. Das nachstehende Angebot hat **Mittwoch, den 15., Donnerstag, den 16., Freitag, den 17., und Sonnabend, den 18.,** Gültigkeit und ist freibleibend; weitere Ausverkaufs-Angebote vorbehalten.

Jackett-Anzüge in guten Qualitäten und bester Verarbeitung,
früher M. 1200 960 790 650 375
jetzt M. 875 750 650 450 225

Sport-Anzüge aus Lodenstoff, gemustertem Cheviot, Homespun und Manchester,
jetzt M. 800 650 450 400

Sommer-Paletots aus marengo Cheviot oder Covercoat, früher M. 960 750 600
jetzt M. 750 600 450

Schlüpfer und Raglans zur Reise, aus Homespun und gemustertem Cheviot
früher M. 900 800 700
jetzt M. 750 650 550

Bozener Mäntel aus Strichloden, in praktischen Farben . . . . früher M. 350 300
jetzt M. 280 190

Pelerinen für Herren und Damen
früher M. 400 335 278
jetzt M. 275 225 180

Gummi-Mäntel in vielen guten Qualitäten und Fassons früher M. 850 650 560 475 375
jetzt M. 650 575 450 375 290

Winter-Ulster
früher M. 1200 780 600 550 258
jetzt M. 800 425 350 285 90 66

Jacketts und Westen, marengo, nur noch in einzelnen Grössen vorrätig . . . M. 250

Stoff-Litewken, grau und feldgrau, kalt gefüttert, sehr kleidsam . . . . M. 42 39

Moleskin-Joppen, Sportfasson, in grünlichgrauer Erdfarbe . . . . M. 80

Khaki-Anzüge, bestehend aus Jacke und Hose . . . . M. 120

Segeltuch-Pelerinen, imprägniert, garantiert wetterfeste Ware, je nach Länge M. 100 95 90

Winter-Joppen mit schwerem Futter M. 145

Kittel und Arbeitsanzüge aus Fasenstoff in blauer Farbe . . . . M. 19

Herren-Anzugstoff, 140 cm breite gute Qual. zu Engrospreisen, das Meter von M. 25 an

Knaben-Anzüge in Blusen-, Schlüpfer- und anderen Formen, aus vorzüglichen Wollstoffen
früher M. 350 254 150 180 110
jetzt M. 235 165 115 95 60

Burschen-Anzüge, Sport- und Jackettform
früher M. 420 400 335 320 297
jetzt M. 300 270 220 165 140

Jünglings-Anzüge in grosser Auswahl
jetzt nur M. 500 450 400 370 300 270

Bozener Mäntel für Knaben und Mädchen von . . . . M. 160 an

Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen von . . . . M. 70 an

Marine-Sweater, blau, für Jünglinge, in hervorragender Beschaffenheit, von M. 17 an

Joppen und Hosen für Jünglinge zusammen . . . . M. 90

Knaben-Ulster von . . . . M. 15 an

Jünglings-Ulster, anfangend mit . . M. 160

Hosen, gestreift, größtenteils unter Herstellungspreis
früher M. 300 225 175 125 98 75
jetzt M. 200 170 120 90 55 45

Militär-Hosen, feldgrau, Kammlstuch . . . . M. 108 95

Weisse Hosen, lang, zum Turnen und Sport von . . . . M. 65 an

Sport-Hosen aus gutem Stoff, Breechesform von . . . . M. 140 an

Sport-Hosen aus vorzüglichem Manchester, Breeches, von . . . . M. 175 an

Jünglings-Hosen aus gestreiftem Buckskin von . . . . M. 42 an

Knaben-Hosen in vielen Qualitäten und Fassons, anfangend mit . . . . . M. 28.50

Lorenz Söhne

Kaufe ständig zu höchsten Preisen
Gold-Platin-Silber- Bruch, Ketten, Ringe, Uhren, Münzen **Münzen** sammlg.
Neuhaus, Roßstr. 8 Nähe Spittelmarkt. Einkauf nur im Laden, nicht im Hof.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.

Gr. Saison-Ausverkauf!

Strickjacken	von 40	bis 275		Inpr. Mäntel	von 125	bis 380
Kostüme	. 165	. 775		Reise-Ulster	. 73	. 450
Tuchmäntel	. 370	. 715		Röcke	. 44	. 235
Waschkleider	. 52	. 298		Tuchcapes	. 560	. 930

Gummimäntel für Damen 285-530, für Herren 310-825
Inpr. Seidenmäntel 248-570 Alpacca-Mäntel 190

Während des Ausverkaufs!
Pelzmäntel 2500, 3500, 4500, 5200
Plüschmäntel 550-1075, Astrachanmäntel 275-550

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Prismen-Feldstecher
besond. Zeiss u. Goerz werden
ständig angekauft
Photohaus Stackelmann
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135

Vorwärtsstrebende und Erfinder
Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufklärung und Anregung gebende Broschüre: Ein neuer Geist? sendet gratis
J. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Möbel
jeder Art bei
kleiner Anzahlung
und
bequemer Abzahlung
Möbelhaus
Andreasstr. 28 I.
Strengste Diskretion.

Die Graphologie
von F. Becker. Preis 7.50 M. Porto 1,80 M. Ausführliche Anleitungen zur Beurteilung der Handschrift, um aus derselben Charakter, seelische Zustände, Temperament, Fähigkeiten usw. zu erkennen, mit 137 Schriftproben und Erklärungen. Jeder Käuf. d. Buch. erhält auf Wunsch d. unser Institut eine genaue Beurteilung seiner Handschrift f. 2.50 M. — Gr. Bücherlist. gratis.
Albrecht Donath, Verlag Leipzig 42.

Vollständig geheilt
wurde ich, obwohl ärztliche Hilfe vergebens war, durch Ihr Spezialmittel von meiner
Flechte.
So schreiben viele über den 30 Jahre sicher bewährten Reichels Flechtenbalsam M. 13.50.
Otto Reichel, Berlin 8. SO., Eisenbahnstr. 4.

Parzellen
günstige Lage, verkauft billig Steuereinnehm. Werner, Bahnhof Strausberg, Constantinstr. 7

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Franz Mehring:
Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters
Ein Leitfaden für Lehrende u. Lernende
Preis geb. Mk. 14.40

Neue Welt
ARNOLD SCHOLZ, Hasenheide 108–114

Mittwoch, den 15. Juni 1921:
Konzert und Spezialitäten-Vorstellung
1. Großes Kinderfest
Kindertheater, Kinderspiele und Kinderbelustigungen aller Art, wie Topfschlagen usw. Kinderfackelzug.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Anfang 4 Uhr. Einlaß 2 Uhr.
VORANZEIGE: Donnerstag, den 16. Juni 1921
Großes Fronten-Feuerwerk.

Trabrennen zu Ruhleben
Donnerstag, den 16. Juni, nachm. 3 Uhr
8 Rennen 8 Rennen

Preussische Staats-Lotterie
[illegible] Lose mit 276 000 Gewinnen im Gesamtbetr. von über
172 Millionen M.
2 mal **750000** M.
4 mal **500000** M.
4 mal **300000** M.
Ziehung 1. Klasse 12. und 13. Juli
⅛ Lose 10 M., ¼ Lose 20 M., ½ Lose 40 M., ⁄₁ Lose 80 M.
Postgebühr und amtliche Gewinn-Liste M. 1.50
Kröger, Staatlicher Lotterie-Einnehmer, Berlin W 8, Friedrichstr. 192–193 an der Leipziger Str.
Telegr.-Adresse: Goldquelle. Fernspr.: 1842 u. 5640. Postscheck: 31048

Korpulenz?
Erkundigen Sie sich über die Erfolge von
Dr. Hoffbauers (ges. gesch.)
Entfettungs-Tabletten
Keine Schilddrüse — Kein Abführmittel
Ausführl. Lit. gratis durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 213
Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)
Amt Ztr. 7192

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung. Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9–7) Glänz. Erfolge! Beobachtg. Tel.: Königst. 3595

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12.
Moritzplatz 10072. Ode Beitzerstraße. Moritzplatz 12073.

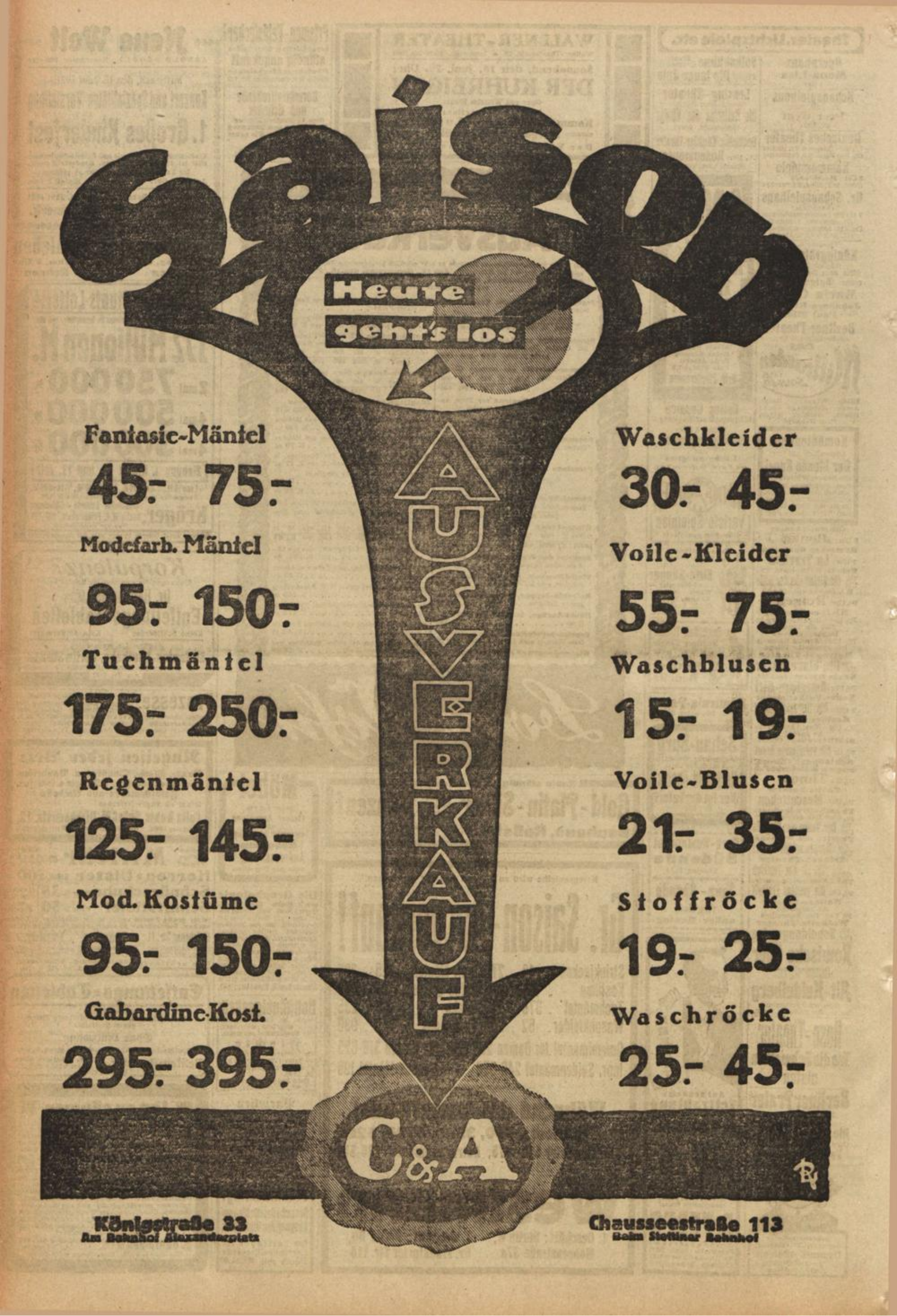
Fabelhaft billige Preise! **Militär-** Mäntel, Röcke, Hosen
Herren-Ulster Stück **100** M.
Schnürschuhe Paar M. **35** } gt. durchrepariert
Schaftstiefel Paar M. **50** } neu besohlt
ferner große Posten verschiedener Geschirr- u. Ledersachen, Sohlenleder zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Eislebener Str. 11 Ecke Rankestraße am Bhf. Zoo — **Spandau** Charlottenstr. 3 Tel. Spandau 429 — Franseckystr. 28 Ecke Rykestraße Humboldt 2204
Neu eröffnet: Charlottenburg, Scharrenstr. 31 — Frankfurter Allee 317

Entfettungs-Tabletten
Marke „Sibaja".
das erfolgreichste und unschädlichste Mittel gegen Fettsucht.
Ohne Diätzwang.
Gewichtsabnahme bei ausgezeichnetem Wohlbefinden.
Pelikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 93 an der Charlottenstr.
Zentrum 2755

Um zu räumen
verkaufen wir billigst auch an Private
als Berufsbekleidung
teils neu unter Fabrikationspreis, teils instand gesetzt und gewaschen, teilweise aus deutschen u. Entente-Heeresbeständen über 250 000 Stück

Strümpfe	von Mk. 2.50
Unterhosen	„ „ 5.00
Hemden	„ „ 12.00
Gummicapes	„ „ 40.00
Deutsche Uniform (Hose u. Joppe)	„ „ 60.00
Mäntel	„ „ 60.00

Feldflaschen m. Stoffbezug v. Mk. 2.00 bis 2.50 an
Außerdem amerikanische und englische Uniformen, Chauffeurjoppen, Wickelgamaschen und Pferdedecken von erstklassiger Beschaffenheit u. anderes billigst. — Auch Abgabe größerer Quantitäten an Händler!
B. Kaufmann & Co. Köpenicker Str. 145, III. Hof, 3 Treppen
Nur von 9–5 Uhr, Sonnabends geschlossen.


Saison
Heute geht's los
AUSVERKAUF
Fantasie-Mäntel
45.- 75.-
Modefarb. Mäntel
95.- 150.-
Tuchmäntel
175.- 250.-
Regenmäntel
125.- 145.-
Mod. Kostüme
95.- 150.-
Gabardine-Kost.
295.- 395.-
Waschkleider
30.- 45.-
Voile-Kleider
55.- 75.-
Waschblusen
15.- 19.-
Voile-Blusen
21.- 35.-
Stoffröcke
19.- 25.-
Waschröcke
25.- 45.-
C&A
Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof

Groß-Berlin

Herunter damit!

Wir haben es oft gerügt, daß gewisse ehemalige „königliche" oder „kaiserliche" Behörden sich diese „schmückenden" Beiwörter immer noch nicht abgewöhnen können. Mit besonderer Verwunderung sehen wir jetzt, daß sogar an dem Dienstgebäude des Charlottenburger Polizeipräsidiums (Kaiserdamm 1) über dem Hauptportal noch die Inschrift „Königliches Polizeipräsidium Charlottenburg" prangt. Hat denn der sozialdemokratische Polizeipräsident, den Charlottenburg sogleich nach der Revolution erhielt, diese Inschrift niemals bemerkt? Man sage uns nicht, daß sie schwer zu beseitigen wäre, weil sie aus dem Stein herausgemeißelt ist. Nein, sie wäre sehr leicht zu beseitigen, und es bedurfte dazu kaum mehr als der Aufstellung einer Stehleiter, von der aus ein Steinmetz das Werk der Austilgung in kurzer Zeit vollbringen könnte. Das sähe schlecht aus, wenn die als Ornament gedachte Inschrift zum Teil zerstört würde? Da sind wir ganz anderer Meinung! Wir finden, daß die bei solcher Inschriftenkorrektur entstehenden Lücken sich gar nicht so übel ausnehmen. Gewiß, ästhetisch befriedigen sie nicht, aber es geht von ihnen eine starke agitatorische Wirkung aus — und das ist auch etwas wert. Es kann unseren „Republikanern" nicht nachdrücklich genug eingehämmert werden, daß die „Königlichkeit" und „Kaiserlichkeit" für alle Zeiten ausgestrichen und ausgetilgt sind. Also herunter auch mit dem steinernen „Königl." vom Polizeipräsidium Charlottenburg!

Gewaltsame Auflösung des Schloßlazaretts.

Die Behörde, der das Wohl und Wehe der Kriegsopfer unterstellt ist, in diesem Falle das Hauptversorgungsamt, bemüht sich, in der Angelegenheit des Schloßlazaretts in Charlottenburg eine höchst unangebrachte Schneidigkeit zu beweisen. Auf Anordnung dieser Stelle wurden gestern Teile der vorhandenen Decken und Kleidungsstücke, sowie Partien von Bett- und Leibwäsche fortgeschafft. Den Insassen wurde erklärt, daß auch die noch verbliebenen Restbestände nach dem Versorgungslazarett in Tempelhof überführt würden. Die Fortschaffung erfolgte unter polizeilicher Bewachung, obgleich die Kranken erklärten, daß ihnen jede Absicht einer Störung völlig fern liege. Das Schwesternpersonal ist zwar noch im Schloß, aber nach Angabe der Kranken gänzlich vom Dienst enthunden und soll auf eigenen Wunsch bereits entlassen sein, bis zum 1. Oktober jedoch noch das Gehalt weiterbeziehen. Man hat schließlich damit gedroht, daß den Kranken der große Park des Schlosses entzogen und der bisherige freie Zugang zum Schloß für Personen, denen die Erlaubnis hierzu nicht erteilt ist, gesperrt werden soll. An den Reichstagspräsidenten Genossen Löbe haben die Kranken ein Telegramm gesandt, in dem sie bitten, daß er sich gegen die gewaltsame Auflösung des Lazaretts verwenden möge. Auch der vom Reichstag gewählte Ausschuß für Kriegsbeschädigte ist von den Insassen um Hilfe gebeten worden. Sie hoffen, daß eine unparteiische und gerecht denkende Vermittlung nach wohlwollender Prüfung der Sachlage erreichen wird, daß die Kranken und Krüppel, die unter so furchtbaren Gesundheitsopfern für das Vaterland gekämpft und die Leiden des Krieges noch nicht überstanden haben, im Schloßlazarett bis zur völligen Genesung und Erholung verbleiben können.

Wir fordern nochmals, daß Park und Schloß Charlottenburg den noch nicht geheilten Kriegsopfern verbleiben. Es ist Ehrenpflicht des Staates, diese prächtigen Anlagen denen weiter zu überlassen, die noch immer unter der körperlichen Marter des Krieges zu leiden haben. Für Kunstschulen und ähnliche Institutionen findet sich genügend Platz in leerstehenden Kasernen, auch wenn es nicht nach dem Geschmack einiger um schöne Amtszimmer besorgter Geheimräte sein sollte. Auffallen muß es, daß unter der augenblicklichen Leitung des Kriegsversorgungsamtes die drei größten Berliner Lazarette gewaltsam aufgelöst werden mußten. Vielleicht sieht sich der Reichsarbeitsminister einmal seine Medizinalräte, auch die im eigenen Hause, genauer an.

Vampyre der Friedrichstraße.

Die Ermordung des Rittergutsbesitzers Otto vor Gericht.

Die Schwurgerichtsverhandlung wegen der Ermordung des Rittergutsbesitzers Otto, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Müller begann, führte in das gefährliche Treiben des lichtscheuen Gesindels, das nächtlicherweise in den Straßen Berlins auf seine Opfer lauert. Brennpunkt dieses Treibens ist u. a. die Ecke der Friedrich- und Jägerstraße, die Kranzler-Ecke usw. In jener Gegend treiben sich nachts hundert und aberhundert solcher Vampyre umher, die darauf lauern, wenn die anständigen Lokale geschlossen werden, harmlose Nachtbummler in irgendein Nachtlokal zu verschleppen und dann teils durch List, teilt mit Gewalt ihrer Wertsachen zu berauben.

In dieses Milieu fällt auch die Bluttat, die in der Nacht zum 11. Februar 1920 im Tiergarten beim sogenannten Schneckenberg an der Lennéstraße dem nach Berlin gekommenen Rittergutsbesitzer Otto das Leben gekostet hat. Otto wurde an der genannten Stelle erschossen vorgefunden. Es wurde zunächst Selbstmord angenommen, die Ermittelungen führten jedoch dazu, von dieser ursprünglichen Ansicht abzugehen und ein Verbrechen festzustellen. Als Täter bzw. Beteiligte an der Tötung wurden schließlich der Schlosser Martin Raschke und der Kellner Johannes Gadow festgenommen, jedoch konnte gestern nur gegen Raschke verhandelt werden, da Gadow sich zurzeit im Irrenhaus Wittenau befindet. Beide haben zuerst jede Verantwortung für den Tod Ottos abgelehnt, nach und nach kamen sie aber mit Geständnissen heraus, deren Tendenz dahinging, es so darzustellen, als ob Gadow mit Otto wegen der Bezahlung einer Droschkenfahrt in Streiterei geraten und bei dem entstandenen Handgemenge die Schußwaffe aus Versehen losgegangen sei. Gestern bestritt Raschke mit großer Bestimmtheit jede Beteiligung an der Tat und erklärte die gegenteiligen Bekundungen des Gadow für durchaus unglaubwürdig. — Außer dieser Haupttat und einem Diebstahl in Hamburg standen noch mehrere bedenkliche Fälle ähnlicher Art zur Anklage. Für die Verhandlung sind zwei Tage angesetzt. Das Ergebnis werden wir mitteilen.

Gegen den Verfall der Parkanlagen!

Der Gesamtbetriebsrat der städtischen Parkverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Verband der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter hatte die breite Oeffentlichkeit nach der Hasenheide zu Protestversammlungen eingeladen, in denen die Maßnahmen des Berliner Magistrats, insbesondere die enorme Kürzung des Etats für die Parkverwaltung, verurteilt wurden. In einer einstimmig gefaßten Entschließung wird gesagt, wenn die Etatsabstreichung von über zwei Fünfteln des von der Parkverwaltung äußerst sparsam berechneten Etats vorgenommen werde, nur noch Sandwüsten und Staubentwickler übrig blieben. Nicht Abbau, sondern Ausbau der städtischen Parkanlagen im Interesse der Volksgesundheit sei erforderlich. Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung werden ersucht, energisch gegen die Kürzung des Etats der Parkverwaltung aufzutreten und diese abzulehnen.

Ferner wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die endgültige Entscheidung über diese Position vorläufig ausgesetzt wird, und zwar solange, bis der Arbeiterausschuß und die unterzeichneten Organisationen einen Plan zwecks produktiver Bewirtschaftung vorgelegt haben. Die Stadtverordnetenversammlung wolle umgehend den Schlußtag für Vorlage dieser Vorschläge bekanntgeben."

Die neue Ueberwachungsabteilung des Magistrats

wird von drei Personalgruppen versehen: Revisoren für Spezialfälle, Kontrolleure als Wachorgane der städtischen Werke, Betriebe, Anstalten, Güter und Forsten, Wächter, deren Gruppe erst in der Bildung begriffen ist und das in dem Einzelbetriebe bereits vorhandene Wachpersonal zusammenfassen soll, damit es möglichst vom Betriebe selbst unabhängig bleibt und in jedem der Betriebe, wo es erforderlich wird, eingesetzt werden kann. Die Ueberwachungsabteilung wird auch weiterhin über ihre Tätigkeit berichten und ist der Unterstützung der Angestellten und Arbeiter bei der Aufgabe sicher, alle Elemente auszuschalten, die wegen ihrer Unzuverlässigkeit das Eigentum und das Ansehen städtischer Betriebe gefährden. Eine Auffassung über die Einrichtung der Ueberwachungsabteilung, als wenn Eigentumsvergehen in städtischen Betrieben an der Tagesordnung seien, ist selbstverständlich völlig unzutreffend. Die Arbeiter und Angestellten der Stadt haben aber in der Gesamtheit ein Recht darauf, daß die Einrichtung der Ueberwachungsabteilung aus irgend welchen Gründen nicht anders beurteilt wird, als die Pflicht des Magistrats im Sinne und mit Hilfe der Angestellten und Arbeiter selber die Ordnung zu schaffen, für die er der Oeffentlichkeit verantwortlich ist.

Rektor Bocks Kampf.

Im Prozeß des Rektors Bock führte die weitere Beweisaufnahme wiederholt zu sehr erregten Szenen. Eine Zeugin bekundete, daß der Schutzmann Conthar bei ihr gewesen sei und behauptet habe, Bock habe über die Grenze gehen wollen. — Der Pfarrer Salzgeber hat mit der Hauptbelastungszeugin P. seinerzeit in der Fürsorgeanstalt gesprochen; diese gab damals, wie auch heute noch, zu, daß sie Bock zu Unrecht unzüchtiger Handlungen beschuldigt habe. Der Schutzmann Conthar bestritt, daß er die P. unzulässig beeinflußt habe. — Lange Erörterungen drehten sich um die Vernehmung von 12 Zeuginnen, die der Nebenkläger Toussaint mit ihren Müttern zur Vernehmung nach dem Polizeipräsidium bestellt hatte. Die Verhandlung drehte sich weiter um den Vorwurf des Angeklagten, daß Toussaint die Zeitungen durch falsche Informationen irregeführt und die Oeffentlichkeit gegen ihn beeinflußt habe. — Auf Antrag des R.-A. Bahn wurden einzelne besonders markante Artikel verlesen. Sodann bekundete der Journalist Steinberg, daß Toussaint ihm erklärt hätte, die Zeitungen hätten vieles übertrieben. Der Zeuge gab ferner an, daß Toussaint von ihm nur Geld für politische Nachrichten erhalten habe. Es wurden dann noch der damalige Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat R. Weißermel, und der Nebenkläger selbst vernommen. Ersterer wies es weit von sich, daß er sich in irgendeiner Weise durch Toussaint, den er seines Wissens nur einmal gesehen habe, habe beeinflussen lassen. Dieser sei keineswegs in seinem Amtszimmer aus- und eingegangen. Den Haftbefehl gegen Bock habe er auf Grund der polizeilichen Ermittelungen und seiner eigenen Eindrücke ergehen lassen. — Der Nebenkläger Toussaint stellte entschieden in Abrede, Zeugen beeinflußt zu haben. Zu der Festnahme Bocks sei er auf Grund der schweren Belastung der Zeugin P. verpflichtet gewesen.

Im 18. Bezirk (Weißensee) wählte die Bezirksverordnetenversammlung an Stelle des ausgeschiedenen Bezirksverordneten Schultze-Hohenschönhausen, der sein Mandat niedergelegt hat, den Bezirksverordneten Keller-Hohenschönhausen (Bg.). Von seiten der

Bezirksparteitag.

Gemäß § 22 des Organisationsstatuts des Bezirksverbandes beruft der Bezirksausschuß den diesjährigen ordentlichen Bezirksparteitag zum 20. und 21. August d. J. nach Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 5, ein.

Die Tagung beginnt am 20. August, abends 6 Uhr, und ist als vorläufige Tagesordnung folgendes festgestellt:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Bezirksverbandes. Berichterstatter Genosse Krüger und Schmidt.
2. Die Interessengegensätze im landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbesitz. Referent: Genosse Otto Braun, Landwirtschaftsminister a. D.
3. Die politische Lage und der deutsche Parteitag. Referent: Genosse Parteivorsitzender Otto Wels.
4. Wahl der Delegierten zum deutschen Parteitag.
5. Anträge.
6. Wahlen.

Wir ersuchen die Parteiorganisationen, in den Mitgliederversammlungen zur Tagesordnung Stellung zu nehmen. Anträge sind bis spätestens 13. August an den Bezirksvorstand z. H. des Unterzeichneten einzureichen.

Die Wahl der Delegierten erfolgt entsprechend den Bestimmungen des § 26 des Bezirksstatuts auf den Unterbezirkstagen mit der Maßgabe, daß bei der Berechnung der auf jeden Unterbezirk entfallenden Delegiertenzahl die Beitragsleistung des III. Quartals 1920/21 zugrunde gelegt ist.

Wegen Wohnungsbeschaffung wolle man sich an den Unterzeichneten wenden.

Mit Parteigruß

Der Bezirksausschuß. J. A.: Wilhelm Krüger, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

4]

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Die beiden in dem fernen Boot waren plötzlich aufgesprungen, hatten sich gepackt und rangen wütend miteinander.

Das dauerte kaum einige Sekunden. In demselben Moment, da der junge Mann seinen Schrei ausstieß, hatte der eine der ringenden Männer den Gegner fest umschlungen, hielt ihn eine Weile fest und schleuderte ihn sodann mit einer furchtbaren Kraft aus dem Boot, um sich gleich darauf mit fieberhafter Eile auf die Ruderbank niederzuwerfen und dem nahen Ufer zuzurudern.

Der Hinausgeworfene schien entweder kein Schwimmer oder durch den Schreck gelähmt zu sein. Man sah nur eine Spanne Zeit seine Arme aus dem Wasser auftauchen. Dann versank er in der Tiefe.

Den Zuschauern hatte das Entsetzen zunächst den Atem verschlagen. Sie erholten sich nur langsam und sahen einander ratlos an. Das junge Mädchen brach in ein hysterisches Schluchzen aus und barg das Gesicht in den Händen. Den jungen Männern, die schwach und furchtsam waren, standen Schweißperlen auf der Stirn.

„Man müßte doch," stammelte endlich der Handlungsgehilfe, man müßte . . ."

Er vollendete nicht, sondern ergriff die Ruder und ruderte, von den beiden anderen gefolgt, auf jene Stelle zu, an der der unbekannte Mann untergegangen war.

Inzwischen war der Mörder mit seinem Boot schon bis ans Ufer gelangt, wo er an Land sprang und, sein Boot im Stich lassend, rasch laufend im Gebüsch verschwand.

Die Verfolger, die noch immer eine wahnsinnige Angst lähmte, setzten ihm zaghaft nach, als fürchteten sie, das Ufer früher zu betreten, ehe er weit von ihnen weg war.

Dieser Fall trat auch ein. Als ihre Füße den festen Boden berührten, war von dem Entflohenen längst nichts mehr zu sehen. Er war verschwunden.

Erst jetzt kam ein fieberhaftes Leben in die kleine Gruppe. Sie schrie, lief planlos umher und tat nichts von dem, was nötig gewesen wäre. Bis schließlich der Handlungsgehilfe doch auf den Gedanken kam, Hilfe herbeizuholen.

Allein diese kam viel zu spät. Der Ertrunkene war nicht mehr zu retten. Und von dem Entflohenen hatte man keine Spur.

Erst am nächsten Tag gelang es, die Leiche des Ertrunkenen zu bergen.

Und das Erstaunen war groß, als die Papiere, die man bei dem Toten fand, ergaben, daß er ein angesehener Bürger der Stadt war, der Makler Justus Blümner, ein vierzigjähriger Mann, der seit fünf Jahren mit einer jungen, schönen Frau in kinderloser Ehe lebte.

Nachdem die Staatsanwaltschaft am Ort des Verbrechens — denn ein solches nahm man ohne weiteres an — den Tatbestand aufgenommen hatte, gab sie den Toten frei und man schaffte ihn in die Wohnung Blümners, in der die junge Frau, verstört und doch zugleich gefaßt, schon wartete.

Lucie Blümner war in der Tat eine Schönheit, die auffiel.

Sie war noch nicht vierundzwanzig Jahre alt. Ihr Haar zeigte jenes berückende Rotblond, das zu flammen scheint, wenn die Sonne darauf scheint, ihre großen grauen Augen drückten Müdigkeit aus, Müdigkeit und Melancholie, und um ihre Lippen lag ein Zug, der, gleichsam erstarrt, von einem Schmerz erzählte, der es aufgegeben hatte, zu hoffen. Sie entstammte einer armen Adelsfamilie und war nur deshalb die Frau Blümners geworden, weil ihre Eltern es wünschten. Das war kein Geheimnis.

Die Untersuchung, die über den Fall sofort aufgenommen wurde, förderte nichts zutage, das den Mord aufgeklärt hätte.

Ein Raubmord kam nicht in Frage, da dem Getöteten, der eine beträchtliche Summe Papiergeld bei sich gehabt hatte, nicht ein einziger Schein fehlte.

War Rache der Grund?

Nichts bot auch dafür einen Anhalt. Lucie Blümner, die in dieser Richtung vernommen wurde, erklärte, daß, soviel ihr bekannt sei, ihr Mann keine Feinde gehabt habe. Und andere sagten das gleiche aus.

Das Verhalten der jungen Frau während der Einvernahme berührte den Untersuchungsrichter sonderbar.

Sie schien voll Trauer und wie niedergeschmettert, und doch ging aus manchem, das sie sagte, hervor, daß ihr Schmerz nicht der Ermordung ihres Mannes galt.

Sie war in manchen Augenblicken wie versteinert, um gleich darauf, vor einem Nichts, zu erschrecken und zu zittern.

Sie weinte heftig. Aber sie lachte auch einmal. Das tat sie, als der Untersuchungsrichter sie fragte, ob ihre Ehe eine gute gewesen sei. Da lachte sie, und ihr Lachen klang bös und zufrieden zugleich, so daß der Untersuchungsrichter vor ihr erschrak und davon überzeugt war, eine Kranke vor sich zu haben.

Einen Augenblick hatte es den Anschein, als ob ein wenig Licht in die Angelegenheit kommen sollte, als die Schwester des Ermordeten vernommen wurde, ein altes Mädchen, das in seinem Aeußeren recht unsympathisch wirkte, infolge seiner groben, harten Züge, seiner stechenden Augen und seiner tiefen, männlichen Stimme.

Diese Zeugin war während ihrer Einvernahme sehr erregt und deutete mit unbestimmten Worten an, daß sie wohl wisse, wer in einem engen Zusammenhang mit der Untat stehe.

Als der Untersuchungsrichter sie daraufhin aufforderte, in bestimmter Form alles zu sagen, was sie wisse, lehnte sie dies freilich ab und wurde verlegen.

„Sie müssen es sagen," setzte ihr der Untersuchungsrichter zu, „denn Sie haben geschworen, die Wahrheit auch nicht zu verschweigen."

Da wurde die rauhe Person zaghaft und stotterte: „Daß es die Wahrheit ist, kann ich nicht behaupten."

„Also eine Vermutung?" drang der Untersuchungsrichter in sie.

„Auch das nicht. Aber ich habe so meine Gedanken."

„Welche Gedanken?"

Das grobe Gesicht der Zeugin verzerrte sich in Haß. „Ich denke, daß sie mit Schuld daran hat . . ."

„Welche ‚sie'?"

„Sie, — seine Frau . . ."

Doch als sie ihren Verdacht sachlich begründen sollte, war sie dazu außerstande.

„Wenn wir schon annehmen wollen," sagte der Untersuchungsrichter, „daß Ihre Schwägerin an dem Mord irgendwie beteiligt ist, so liegt die Vermutung doch nahe, daß sie es in dem Sinne war, daß sie jenen unbekannten Mann, der der Täter ist, zu seinem Verbrechen angestiftet hat . . . Glauben Sie das wirklich?"

Bei dieser direkten Frage wurde die Zeugin blaß und antwortete zitternd: „Nein."

„Ist Ihnen überhaupt bekannt, ob Ihre Schwägerin Beziehungen zu fremden Männern hatte?"

Hier wechselte die Zeugin abermals die Farbe. Sie wurde rot. „Nein," sagte sie hastig und beschämt.

„Aber es verkehrten doch manchmal Herren in dem Hause des Ermordeten, Freunde oder Bekannte?"

„Mein Bruder hatte keine Freunde. Nur Herr Behrens kam manchmal."

„Wer ist Herr Behrens?"

„Ein Bekannter meiner Schwägerin, schon aus deren Jugendzeit her, ein reicher Junggeselle ohne Beruf, der einzige, der in das Haus meines Bruders immer freien Zutritt hatte und der gern gesehen war."

(Forts. folgt.)

Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wurde an das Bezirksamt die Anfrage gerichtet, warum der schöne Schloßgarten nicht der Bevölkerung Weißensees bzw. Berlins zugänglich gemacht werde. Stadtrat Frommont als zuständiger Dezernent erwiderte, daß auch das Bezirksamt die Oeffnung des Schloßparks anstrebe. Zurzeit ständen der Oeffnung des Parks aber große Schwierigkeiten entgegen. Die Quäkerspeisung sei auf dem Schloßgrundstück untergebracht, die Herrichtung der Wege, der Abortanlagen verursache große Kosten, die von Berlin nicht bewilligt würden. Man trage sich mit dem Gedanken, einen Restaurationsbetrieb auf dem Schloßparkgrundstück zu errichten. Die Beratungen über dieses Projekt seien noch nicht abgeschlossen. — Ein Antrag des Bezirksamtes, die kommunale Wurstfabrik aufzulösen, wurde vom stellvertretenden Bürgermeister, Genossen Taubmann, begründet. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Kundenkreis durch die freie Bewirtschaftung des Fleisches und der Wurstwaren ständig im Abnehmen begriffen ist. Der Berichterstatter empfahl, die Kündigung des Betriebsleiters und der 4 Gesellen auszusprechen und eine Kommission zu wählen, welche mit dem Betriebsleiter und Eigentümer der Wurstfabrik Sasse verhandeln solle. Würde man die Kündigung nicht aussprechen so sei mit weiteren Verlusten zu rechnen. Der Bericht gab den Vertretern der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft Veranlassung, von einem „Fiasko eines sozialisierten Betriebes" zu sprechen. Von Bezirksverordneten Thiele (USP.) und Hedapp (SPD.) wurde dem entgegengetreten und dargetan, daß es sich hier um eine notwendige Kriegsmaßnahme, aber nicht um einen sozialisierten Betrieb handele. Von Hedapp wurde noch ausdrücklich die Erwartung der SPD.-Fraktion ausgesprochen, daß die nun der Arbeitslosigkeit entgegengehenden Arbeiter angemessen abgefunden würden. Die Kündigung des Vertrages wurde beschlossen mit der Maßgabe, daß eine aus sechs Bezirksverordneten bestehende Kommission mit Vertretern des Bezirksamtes die Liquidation der Wurstfabrik vorbereiten und die ganze Geschäftsführung einer genauen Nachprüfung unterziehen soll. — Auf Anregung des Magistrats wurde beschlossen, den 18. Bezirk fortan: Bezirk Weißensee zu benennen. — Bei der Vorlage des Bezirksamtes auf Bewilligung von 6200 M. für bauliche Umänderungen an der Erwerbslosenbaracke kam die Abneigung der Bürgerlichen gegen Regiebauten der Gemeinden wieder voll zum Ausdruck. Bezirksverordneter Braun (Bg.) stellte den Dringlichkeitsantrag, das Bezirksamt zu ersuchen, der nächsten Bezirksverordnetenversammlung eine Aufstellung über die Kosten der von der Gemeinde aufgeführten Regiebauten vorzulegen. (Siedelung, Plantschwiese, Bau an der Woelckpromenade, Erwerbslosenbaracke usw.). Unter Anerkennung der Dringlichkeit wurde der Antrag Braun angenommen. Auch die Vertreter der Linksparteien stimmten dem Antrage zu, um Klärung in dieser Angelegenheit zu schaffen. — Den Bericht über die Beratungen im Etatsausschuß gab Bezirksverordneter Müller (SPD.). Es sei zu beklagen, daß Berlin an dem Etat ganz schematisch Abstriche vorgenommen habe, ohne auf die Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. An allen Etatsposten sind ganz bedeutende Abstriche vorgenommen worden. Nur der Etatsposten „Verwaltung" wurde sehr wohlwollend behandelt. Von der eingesetzten Summe in Höhe von 8 450 000 M. wurden nur 131 000 M. gestrichen. Angesichts der Zwangslage empfahl der Berichterstatter Annahme des Etats. Bürgermeister Pfannkuch schloß sich dem Antrage des Berichterstatters an. Redner gab noch bekannt, daß der Magistrat zugestanden habe, daß beim Vorhandensein ganz triftiger Gründe Nachtragsetats eingereicht werden könnten. Der Etat wurde alsdann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Volksgericht in Potsdam.

Nachdem sich die Oeffentlichkeit schon des öfteren mit der einseitigen Zusammensetzung der Potsdamer Geschworenenliste beschäftigt hatte, zeigt die Liste der Geschworenen zu der gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsrates Hartung begonnenen dritten Schwurgerichtsperiode ein ganz anderes Gesicht. Waren früher jahraus jahrein die üblichen Regierungs- und Rechnungsräte erschienen, die Rittergutsbesitzer mit hochklingendem Namen, die auf der Geschworenenliste standen, sind es diesmal zum größten Teil Männer des Handwerkes, der Arbeiterschaft und des bürgerlichen Kaufmannsstandes, die über Recht und Unrecht sprechen sollen. Auf der Liste sind verzeichnet 8 Maurerpoliere, Schlosser, Kesselschmiede, Schornsteinfegermeister und statt der Rittergutbesitzer sind die Hüfner vertreten. Ein paar Ingenieure, ein General und Arzt vervollständigen dieses Volksgericht.

Otto Barth gestorben. Am Montag, den 13. Juni, ist plötzlich Genosse Otto Barth im Alter von 66 Jahren gestorben. Er ist einer von der alten Garde, die der Partei von der frühesten Jugend an angehört haben. Wir sahen ihn schon in den 70er Jahren im Leipziger Arbeiterbildungsverein. Von Beruf war er Sattler, und als die Sattlerorganisation ins Leben gerufen wurde und diese sich ein Organ schaffte, war Barth ihr erster Redakteur. Mit der Parteibewegung Friedrichshagens war er völlig verwachsen. Seit den 90er Jahren gehörte er der Gemeindevertretung an und nach der Revolution wurde er als Schöffe gewählt, welches Amt er bis zur Eingemeindung verwaltete. Sein jahrzehntelanges Wirken für die Arbeiterbewegung wird ihm unvergeßlich bleiben. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Juni, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause in Friedrichshagen, Ahornallee 19, aus statt.

Klagen über saure Milch. Mit der Geschäftsführung des Lebensmittelverbandes, insbesondere mit der des städtischen Milchamts, beschäftigte sich gestern ein Prüfungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat war durch den Stadtrat Wutzky vertreten. Es wurde darüber geklagt, daß an den heißen Junitagen größere Milchmengen sauer in Berlin angekommen sind. Zum Teil soll es an mangelhafter Kühlung, nicht sachgemäßem Transport und ähnlichen Ursachen gelegen haben. Milchhändler, die jetzt nicht genügend oder gar keine frische Milch erhalten haben, können dies dem Milchamt in Alt-Moabit mitteilen. Das städtische Milchamt wird dann nach Möglichkeit für Abhilfe sorgen.

Tödlicher Unglücksfall in den Deutschen Werken. Gestern vormittag ereignete sich bei der Apparatefabrik der Deutschen Werke in Spandau ein Unglücksfall, dem der Arbeiter Engelmann, ein zu 75 Proz. Schwerbeschädigter, zum Opfer fiel. Engelmann hatte einem Hobler etwas mitzuteilen, als plötzlich der Hobler die Hobelbank ausrückte, so daß das Arbeitsstück über den Hobler hinausging und Engelmann an einen Pfeiler drückte. Engelmann brach sofort zusammen und wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo er verschied. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet.

Bei den Stettiner Sängern findet am 16. Juni eine Festvorstellung zum Benefiz für Paul Britton anläßlich seiner 40jährigen Mitgliedschaft bei den Stettiner Sängern statt.

Filmschau.

Das Gelübde. Nach dem Schauspiel von Heinrich Lautensack für den Film bearbeitet von Thomas Hall. Uraufführung im U.T. am Kurfürstendamm. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Film einen außerordentlich starken Eindruck hinterließ. Theodor Loos und Lotte Neumann boten bewundernswerte Leistungen.

„Die Fremde aus der Elstergasse" (Tauentzienpalast). Der Stoff ist einem Roman von Erich Ebenstein entlehnt und von Dr. Demb Passau und Alfred Tostary für den Film bearbeitet. Der plötzliche Todesfall eines Bankiers, der aus Notwehr ums Leben gebracht wird, verbreitet das Gerücht von einem Morde, dessen ein Unschuldiger bezichtigt wird, der „zufällig" die Tochter des Toten liebt. Nach „Aufdeckung der Tat" steht der Vereinigung der beiden Liebenden nichts mehr im Wege. Durch das Zusammenwirken ausgezeichneter Kräfte, wie Eduard von Winterstein, Wilhelm Diegelmann, Margit Barnay, Frida Richard, Ilka Grüning, Olaf Storm und Emil Mamelock wird die etwas langatmige Handlung erträglich. Der Schwank „Der Klapperstorch ist schuld daran" läßt sich eher verdauen.

Eine Filmaufnahme veranstaltete die Albertini-Film-G. m. b. H. Dem staunenden Publikum wurde eine Sensation vorgeführt: Albertinis Sprung von mehreren Balkons in ein fahrendes Auto. Der Witz zur Kunst ist längst dem Streben nach Nervenkitzel gewichen. Ferner wurde ein Schimpanse „Kapitän Jack II." gezeigt, ein Wunder an Menschenähnlichkeit. Seiner Vorführung konnten wir infolge der vorgerückten Zeit nicht mehr beiwohnen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 15. Juni:

Erwachsene Mitarbeiter der Jugend. 7 Uhr Funktionärkonferenz im Gymnasium Weinmeisterstr. 15. Thema: „Unsere Stellung in der deutschen Jugendbewegung". Mitgliedsbuch legitimiert.

71. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Funktionärsitzung bei Jonas, Dirksor Str. 8. Jeden Mittwoch abend zwangloses Beisammensein der Genossen im selben Lokal.

94. Abt. Neukölln. 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Tandel, Weisestr. 38. Sämtliche Bezirksführer Abrechnung der Maikarten usw.

103. Abt. Oberschöneweide. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Frischenstraße. Thema: „Die finanziellen Wirkungen des Friedensvertrages". Referent Genosse Matuschek.

149. Abt. Borsigwalde-Wittenau. 8 Uhr Mitgliederversammlung in den Borsigwalder Festsälen, Conrad-, Ecke Spandauer Straße. Thema: „Ultimatum, Regierungsbildung und Rechtsparteien". Referent Genosse Heinrich Bierbücher.

Potsdam. 8 Uhr im Konzerthaus, Kaiser-Wilhelm-Straße, große Demonstrationsversammlung gegen den Mord in München.

Morgen, Donnerstag, den 16. Juni:

4. Kreis Prenzlauer Tor. 7 Uhr Kreisvorstandssitzung in der Elbinger Klause, Elbinger Str. 40.

6. Kreis Hallesches Tor. 7½ Uhr bei Wolff, Forster Str. 44, außerordentliche Sitzung der Obleute der Elternbeiräte.

Charlottenburg. 7½ Uhr im Rathaus, Saal 2, Konferenz der SPD.-Elternbeiräte. Vortrag über „Was lehrt uns die Praxis der weltlichen Schule in Elberfeld". Referent Genosse Lehrer Schweisfurth-Elberfeld.

53. Abt. Charlottenburg. Die Einäscherung unserer Genossin Agnes Reetz findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 5½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Um zahlreichen Besuch bittet der Abteilungsvorstand.

Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf und Grunewald. Unsere Mitglieder veranstalten am Donnerstag, den 16. Juni, einen Ausflug nach dem Grunewald. Wir bitten alle Genossinnen, sich zahlreich mit ihren Kindern daran zu beteiligen. Treffpunkt um 3 Uhr am Schmargendorfer Bahnhof, um 4 Uhr Kaffeekochen bei Wiebacker, Hubertusbader Str. 2/6.

92. Abt. Neukölln. SPD.-Beamte und -Angestellte des 14. Kreises Neukölln: 7½ Uhr Versammlung im Lokal von Schüttler, Weichselstr. 8, Ecke Donaustraße. Wichtige Tagesordnung, u. a. Wahl eines Beamtenvertreters in den Kreisvorstand. Erscheinen dringend notwendig.

110. Abt. Grünau. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Werner, Köpenicker Straße 108. Thema: „Sozialismus und Bolschewismus". Referent Genosse Max Baranowski.

125. Abt. Weißensee. 7½ Uhr außerordentliche Sitzung des Bildungsausschusses im Restaurant Friedensgarten, Viktorius-, Ecke Röllestraße.

*

Jungsozialisten. Gruppe Norden: Jeden Dienstag 7 Uhr bei Kurt Sadewasser, Berlin N. 39, Sprengelstr. 8, Quergebäude 1 Tr., Musikabend.

Frauenabende am Donnerstag, den 16. Juni:

79. Abt. Schöneberg. 8 Uhr bei Groß, Sedanstr. 17. Thema: „Unsere Freiheitsdichter". Referent Dr. M. Schütte.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 15. Juni:

Eine Konferenz aller Groß-Berliner Funktionäre findet um 7 Uhr in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 15, mit einem Vortrag: „Unsere Stellung in der deutschen Jugendbewegung" statt. Referent Genosse Ollenhauer.

Rohnsdorf: Schule Dahmestraße, Diskussion: „Zweck und Ziele des Vereins Arbeiter-Jugend". — **Buchholz:** Schule Berliner Straße, Vortrag: „Zweck und Ziele des Vereins Arbeiter-Jugend". — **Cöpenick:** Grün-, Ecke Kieher Straße, Vortrag: „Heidnische Sitten und Gebräuche". — **Prenzlauer Vorstadt:** Senefelderstr. 6/7, Vortrag: „Die Schulreform der Sozialdemokratie". — **Spandau:** Altes Schützenhaus, Neuendorfer Straße, Vortrag: „Gemeinschaftserziehung". — **Köpenicker Viertel:** Schule Wrangelstraße, Vortrag: „Wir und die Freiheitlichen". — **Tegel:** Bahnhofstr. 15, Diskussion: „Jugendschutz und Jugendrechte". — **Tempelhof:** Germaniastr. 6/7 (Lyzeum), Vortrag: „Schiller als Freiheitsdichter". — **Westen:** Kurfürstenstraße 141 (Baugewerkschule), Vortrag: „Das wahre Christentum".

Geschäftliche Mitteilungen.

Heute beginnt der Ausverkauf in den Kleiderwerken Kurt Sohn, Chausseestraße 29/30. Die in der heutigen Annonce veröffentlichten Preise sind derart niedrige, daß sie ihre Wirkung auf das kaufluftige Publikum nicht verfehlen dürften.

Einladung zur 1. außerordentl. Generalversammlung
am Mittwoch, den 29. Juni 1921, nachmittags 6½ Uhr, im Kasino der Reichsbank, Kurstraße 35.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht in Verbindung mit
2. Bilanz für das Geschäftsjahr 1920. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Satzungsänderungen.
4. Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat und Vorstand.

Nach dem Genossenschaftsgesetz dürfen nur Mitglieder — nicht deren Angehörige — an der Generalversammlung teilnehmen. 3527b

Berlin, den 13. Juni 1921.
Gemeinnütziger Beamten-Siedelungsverein Groß-Berlin eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Der Vorsitzende d. Aufsichtsrates. J. A.: Krempf.

Bezirksverb. Berlin SPD. 53. Abt., Kreis 7, Charlbg.
Unsere Genossin
Agnes Reetz
Charlottenbg., Huttenstr. 30, ist verstorben. 177/6
Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag, d. 16. Juni, nachm. 5½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.
Ehre ihrem Andenken!

Soz. Verein f. Friedrichshagen.
Am Montag, den 13. Juni, verstarb plötzlich unser Genosse 3529b
Otto Barth
im Alter von 66 Jahren.
Sein jahrzehntelanges Wirken für die Arbeiterbewegung und sein offener, ehrlicher Charakter sichern ihm ein dauerndes Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Juni, nachm. 3½ Uhr, vom Trauerhause in Friedrichshagen, Ahornallee 19, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Am Sonntag, 12. Juni, verschied nach langem schweren Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Max Werner
im 62. Lebensjahre.
Beerdigung am Mittwoch, 15. Juni, 3½ Uhr, Steglitz, Bergstraße.
Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Friedenau, Rheinstr. 9.
Berlin-Friedenau, 14. Juni 1921
Einladung zur **außerordentlichen Ausschuß-Sitzung**
am Freitag, den 24. Juni 1921, abends 7½ Uhr im Kassenlokal, Rheinstr. 9, Vorderhaus 1 Trp.
Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über die geplante Vereinigung der beiden Ortskrankenkassen Schöneberg und Friedenau.
2. Verschiedenes. 21/13

Der Vorstand:
Bry, Vorsitzender. Ulrich, Schriftführer.

Ortskrankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Die in der Ausschußsitzung am 21. April 1921 beschlossene Abänderung des § 21 der Satzung hat unterm 8. Juni 1921 die Genehmigung des Oberversicherungsamtes Berlin erhalten und tritt mit dem Tage dieser Bekanntmachung als **„Achte Abänderung"** zur Satzung in Kraft. 21/14
Druckexemplare der Abänderung können im Kassenlokal in Empfang genommen werden.
Berlin, den 15. Juni 1921.
Der Vorstand.
A. Polzin, Vorsitzender. Rob. Krüger, Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin ✕ N. 54, Linienstr. 83—85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Donnerstag, den 16. Juni, abends 6½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4)
Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer
Tagesordnung: 1. **Bericht über das Ergebnis der Tarifverhandlungen.** 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.
Die Vertrauensleute versammeln sich um 5 Uhr im Saal 10.

Achtung! Achtung!
Die Vertrauensmännerkonferenz der chirurgischen Branche findet am 16. Juni nicht statt.
21/20 **Die Ortsverwaltung.**

Ein Versuch genügt und beweist
Seit ca. 30 Jahren bestbewährtes, im Gebrauch billigstes Waschmittel in garantierter Friedensqualität
Minlos'sches Waschpulver
wie ein Mann hängen Millionen dran.
Fort mit Seife und Soda! Minlos'sches Waschpulver spart Zeit, Geld und Arbeit. Garantiert unschädlich für die Wäsche
L. MINLOS & Co., KÖLN-EHRENFELD
Vertreter: Ferdinand Ladwig, Berlin, Gneisenaustr. 65. Fernspr.: Amt Moritzpl. 3583.

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis behandelt ohne Berufsstörung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin W 8, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11.
Belehr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 2,— diskret in verschl. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Ruhe- und Polsterbetten, sämtliche Reparaturen an Sport- und Kinderwagen werden schnellstens ausgeführt
Schäfer, Neukölln, Hermannstraße 83
Bitte Hausnummer beachten!

Großer Preis-Nachlaß!

Damenbinden Dtzd. 3, 5, 6 M. **waschbare** Stck 3,50 M., Gürtel dazu 2, 3 M. **Verbandwatte**, 100 g 2 M. **Hautcreme** Tube 50 Pf., 1,50 M. **Zahnpasta** Tube 1 M. **Fieberthermometer** 4, 5, 6 M. **Lanolin** 2,50 Pf., **wasserdichte Unterlagen** für Kinder 3 M., für Große 12 M. **Butterbrotpapier** 100 Stck. 3,20 M. **Klosettpapier** Rolle 1,50 M. **Krepp** 2,50 M. alle **hygienischen Artikel, Hausmittel.** Ill. Liste gr. u. fr. A. Maas & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84, a. d. Lindenstr. Gegr. 1890.

Verkäufe

Bettwäsche enorm billig! Deckbettbezüge 37,—, Kissenbezüge 11,50, Bettlaken 31,—. Inletts 50,—. Wäschestoffe. Handtücher Engrospreise. Reelle Bedienung. Fahrgeldvergütung. Altbekanntes Spezialgeschäft. Wäschefabrik Grünstraße neununddreißig (Hasenheide). *

Anzüge, konkurrenzlos, elegante Ausführung, prima Zutaten, von 275 Mark an. Besuch ohne Kaufzwang sehr lohnend. Zanger, Münzstraße 26 II. 136/8*

Nähmaschinen, Teilzahlung Hahn, Prenzlauerstr. 20. *

Stahlfischtrahe offeriert billigst Johann Lorenz, Merseburgerstraße 3. 38/15*

Tapeten, Wachstuche, Linoleum. Dauerwäsche verkauft Epstal, Kolonnestraße 6. 1528*

Kreuzfüchse 95,—. Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzte Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 208/4, Ecke Rosenthalerstraße. 1878*

Gardinenverkauf. Schalgardinen, einfach breit, Fenster 85 Mark an, breiteilige Künstlergardinen 53 Mark an, bunte Madrasgardinen 135 Mark an, Stores, Bettdecken, Gardinenstoffe äußerst billig. Herzig, Lottumstraße 4 II, am Schönhauser Tor. 3530b

Kinderklappwagen, gut erhalten, verkauft Wiese, Manteuffelstraße 36, v. 4. 3531b

Hurra. Verkaufe Anzüge von 300 Mark, Paletots, Hosen staunend billig. Rob, Gormannstraße 26. 16/9

Anzüge, 250,—, Covercoat 375,—, Gummimäntel 275,—, Hosen 45,— Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 208/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Möbel

Kleinste Anzahlung und kleine Abzahlung genügt, um sich eine komplette Wohnungseinrichtung zu beschaffen. Große Auswahl auch einzelner Möbel. Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, Invalidenstraße 5, Baumschulenweg (Laufik), Siedlung Süd, Haus 1. 1692*

Chaiselongues 300,— bis 375,—. Umbauplüschsofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110,—. Walter, Stargarderstraße achtzehn. 1352

Bevor Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie zwanglos meine Spezialfabrik-Niederlage moderner Schlafzimmer-Einrichtungen. Sie finden jede Größe und Ausführung in reicher Auswahl zu denkbar billigsten Preisen. Gekauftes kann beliebige Zeit lagern. Schlafzimmer-Spezialfabrik Hans Henkel, Burgstraße 27, Burenhaus Börse.

Einviertel Anzahlung, angenehme Restzahlung im großen Möbelkeller, wenig Miete, daher preiswert. Schlafzimmer 2162, Küche 442, Stubeneinrichtung mit Betten 1478 aufwärts. Einzelmöbel. Schriftliche Garantie. Schatz, Brunnenstraße 160, Achtung! Eingang Anklamerstraße.

Chaiselongue 100,—, Chaiselonguedecke 75,— Metallbetten 160,—, Kinderdrahtbett. Meike, Augustst. 83a, Quergebäude. 1698

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 68, im Norden: Badstraße 47/48, liefert gegen Bar- und Teilzahlung bei kleinsten An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, fertige Küchen, einzelne Möbel in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Liefere auch nach auswärts. 1348*

Wegen Umbau meiner gesamten Lagerräume nie wiederkehrend billige Angebote in erstklassig gearbeiteten Speise-, Herren-, Schlafzimmern, Küchen, Ergänzungsmöbeln für schnellentschlossene Käufer. Hervorragend günstige Kaufgelegenheit! Berliner Möbelhaus Moritz Hirschmann, nur Elsässer Straße 23, Hochbahn Kottbuser Tor. 1898*

Nußbaum Säulenschrank, Säulenvertiko, Plüschsofa, Säulentrumeau, Ausziehtisch, 4 Stühle, 2 große schöne Muschelbettstellen mit prima Friedensstahlmatratzen, großer Kristalltrumeau, alles zusammen 9850. Kücheneinrichtung 465. Möbelhaus Kamerling, Katharinenallee 56, Ecke Weinbergsweg. 3530b

Musikinstrumente

Pianos, prächtige, Teilzahlung gestattet. Sachter, Oranienburgerstr. 42. 1478*

Rabenstein. Pianos, Gelegenheiten. Stimmungen. Münzstraße 10. 1908

Billige Pianos, Klaviertechnische Werkstatt, Möckernstraße 85, nur Gelegenheitskäufe. *

„Adam's" größtes Spezialhaus für gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums Bechstein, Blüthner und andere erste Firmen. Eigene Werkstatt, freie Lieferung. Adam, Münzstr. 16 unter den Linden 17/18.

Kaufgesuche

Fahrradankauf. Linienstraße 19. 1498*

Angellager, neu, reichlich, kauft jeden Posten P. Schulze, Wilhelmsstr. 14, Moabit 648. *

Unterricht

Kaufmännische Privatschule Hugo Strahlendorff, Spittelmarkt, Beuthstraße 11, Zentrum 1750. Lehrpläne kostenlos. A. Halbjahreslehrgänge zur Ausbildung für das Kontor. Vormittags 9—1. B. Besondere Lehrgänge für Damen und Herren mit höherer Schulbildung einschließlich Englisch und Französisch. C. Vierteljahreslehrgänge für Damen und Herren, die bereits praktisch gearbeitet haben und sich in den kaufmännischen Wissenschaften vervollkommnen wollen, um mit besserem Erfolge im Geschäft als Buchhalter, Kontorist, Kassierer, Briefschreiber tätig zu sein. D. Lehrgänge in Buchführung, Rechnen, Kurzschrift, Maschinenschreiben und Diktat, Debattenschrift, Richtigsprechen, Richtigschreiben, Schönschreiben. 1358

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 330.

Verschiedenes

Diskrete Auskunft. Untersuchung. Privataufnahme. Hebammenschwester Seidel, Kommandantenstr. 45. 1442*

Erfinder. Patentbureau Packscher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7666. 758*

Vertrauensvolle Auskunft Arzt zur Stelle. Hebamme Dolz, Neue Königstr. 57 (Alexanderplatz). 1028

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsbursche, 16 Jahre, Sohn achtbarer Eltern, sucht Stellung. Pogrzeba, Cuvrystraße 3. †25

Maurer, unverheiratete, nach Waren in Mecklenburg für 8—10 Wochen zum dortigen Stundenlohn von 5 Mark gesucht. Meldung Mittwoch abend 6—7 Uhr, Berlin-Steglitz, Beymestraße 9. 39/10

Meister
von Fabrik für Isoliermaterial (Hartpapier), welcher mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut und befähigt ist, einem größeren Personal vorzustehen, für sofort in Provinzstadt gesucht.
Daselbst finden noch **einige Wickler und Ofenarbeiter** angenehme Stellung.
Offerten unter „T 23" an die Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 3.

Tüchtiger Kesselschmiedemeister
mit Spezialerfahrung in hydraulischen Nietmaschinen im Lokomotivkesselbau zur Beaufsichtigung dieser Arbeiten sofort gesucht.
Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften sind zu richten unter **B. N. J. 6340 an Haasenstein & Vogler, Berlin W. 35.** 88/9

Die Methode.

Während die Münchener Polizei des Herrn Pöhner nach wie vor keine Spur des Mörders findet, benutzt die bürgerliche Presse weiter das Dunkel, um durch Kolportierung der ausgemachtesten Schwindelgerüchte die Situation zu verwirren. Nach dem „Kommunistenmord" und dem „Eifersuchtsmord" wird eine dritte Hintertreppenlüge losgelassen: der Regierung sei bekannt gewesen, daß nach dem 10. Juni eine linkssozialistische Aktion einsetzen würde, am 10. Juni sei Gareis erschossen worden, also . . . Was nach dem also stehen soll, spricht man nicht aus, der Leser soll es sich denken. Wenn der Schwindel später entlarvt wird, so hat man eben gar nichts gesagt.

•

Oberst von Xylander dementiert in der Presse, daß er den Ministerpräsidenten Kahr hätte stürzen und an seine Stelle eine Diktatur Escherich setzen wollen. Na ja, so etwas tut man, aber man sagt es nicht.

Die bürgerlichen Parteien des Münchener Stadtparlaments haben einen Mißtrauensantrag gegen den Bürgermeister Schmidt wegen Stillegung der Straßenbahn bei der Beerdigung des ermordeten Gareis eingebracht. — Wie konnte der Bürgermeister auch! So etwas wäre doch nur bei der Beerdigung der Kaiserin zulässig gewesen.

Aus der „Ordnungszelle".

Die Regierung Kahr-Pöhner hat unser Parteiblatt verboten und unter Vorzensur gestellt. Wir wollen nun unseren Lesern mitteilen, wie man in München schreiben muß, um das Wohlgefallen dieser Regierung zu genießen. Vor uns liegt Nr. 46 des „Völkischen Beobachters" (Untertitel: Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung). Wir geben aus dieser einen Nummer einige Stilproben, wobei wir gestehen, daß es uns nur möglich war, höchstens den vierten Teil der Nummer durchzulesen.

Der Leitartikel führt den quer über die ganze Seite gedruckten Titel „Der Quasselkanzler". In diesem Artikel wird gesprochen von dem jetzigen „Reichsregierungsbordell". Erzberger führt den Titel „die politische Erzhure von Buttenhausen". Ein andermal wird er schlichter „der Lumpenhund" genannt. Der Artikel schließt mit der Ankündigung der „nationalen Revolution", welche die Wirth-Gesellschaft austreiben werde.

In einem Artikel gegen unser Münchener Parteiblatt zitiert der „Völkische Beobachter" mit Behagen, was er in einer früheren Nummer geschrieben hat. In dieser Nummer wurden die Reichsminister „Saujuden" und „Havelschlawiner" genannt. Ferner hieß es in dieser früheren Nummer:

„Ochsenfiesel gibt's no grad g'nua, das Messerwetzen wird net gut zu verhindern sein, und wenn Säu g'stoch'n wern, hat sich bei uns alleweil schon alles g'freut."

In der neuen Nummer wird dem noch hinzugesetzt:

Daß die „Post" sich andauernd mit der „Ochsenfiesel"stelle beschäftigt, ist uns wirklich unangenehm.

Die Hintermänner der „Post" werden sich doch nicht zu den „Säuen" rechnen, die bei der nächsten günstigen Gelegenheit „g'stoch'n wer'n."

Oder doch?

Das ist die christlich-germanische Gesittung, die uns unter dem Schutz der Herren Kahr, Pöhner, Escherich usw. blüht. Ihre Früchte kennen wir.

Kasseler Protestkundgebung.

Kassel, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In Kassel fand heute nachmittag eine große Versammlung der gesamten Arbeiterschaft statt, um der Trauer über den Tod des Abgeordneten Gareis und der Entrüstung über die Zustände in Bayern Ausdruck zu geben. Es war seit dem Kapp-Putsch das erstemal, daß sich die Kasseler Arbeiterschaft in solcher Geschlossenheit zu einem gemeinsamen Zwecke zusammenfand. Vertreter der SPD., USP. und KPD. sprachen zu den 12 000 Menschen, die sich trotz des anfangs herabstürzenden Regens im Freien eingefunden hatten. Für die SPD. sprach Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann. In der Resolution verlangte die Versammlung von der Regierung einstimmig, daß sie alle ihr zustehenden Machtmittel zur Anwendung bringt, um in Bayern verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen und die Entwaffnung der Einwohnerwehren und aller ähnlichen Organisationen schnellstens und restlos durchzuführen. Mit einem Hoch auf den Sozialismus schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

•

Als im Preußischen Landtag vor einiger Zeit der volksparteiliche Abgeordnete Heidenreich — so verstanden ihn wenigstens die Umstehenden — von Severing, Hörsing, Hölz und Konsorten sprach, da wurde er durch den Unwillen des gesamten Hauses zu einer Entschuldigung gezwungen, die er dahin abgab, daß er von Severing, Hörsing und Dölz (Dölz ist Hallescher Polizeipräsident) gesprochen habe. Jedenfalls ließ damals auch die Rechte des Hauses erkennen, daß sie es nicht billigt, wenn ein sozialdemokratischer Politiker mit Hölz auf eine Stufe gestellt würde. Die „Deutsche Tageszeitung" aber kann sich, obwohl ihr Chefredakteur Bäcker Mitglied des Preußischen Landtages ist, nicht zu den Regeln des parlamentarischen Anstandes aufschwingen. Sie berichtet nämlich über eine gemeinsame Protestkundgebung der Arbeiterschaft in Mannheim unter dem schönen Titel „Von Hölz bis Scheidemann". Herr Bäcker will offenbar beweisen, daß er sich im Preußischen Landtag nur gezwungenermaßen anständig benimmt.

Linksregierung in Lippe.

Das soeben neugewählte Lippesche Landespräsidium besteht nach Meldung der TU. aus den Sozialdemokraten Drake und Schmuck und dem Demokraten Neumann-Hofer. Die Regierungskoalition bilden Sozialdemokraten, Demokraten und der Gewerkschaftsbund, der aber auf seinen Sitz im Landespräsidium verzichtete.

Der Durchgangsverkehr nach Ostpreußen.

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Dienstagabend den Gesetzentwurf über das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Von der in Paris getroffenen Vereinbarung ist der Luftverkehr ausgeschlossen geblieben, da Polen Deutschland nicht das Recht zum Ueberfliegen polnischen Gebietes einräumen wollte. Da ein Ausgleich nicht möglich war, soll der Völkerbund später diese Sache regeln. Das Abkommen selbst soll bis zum 21. Juni ratifiziert werden. Ohne Debatte genehmigte der Reichsrat das neue Fernsprechgebührengesetz. Für den Nahverkehr soll das neue Gesetz am 1. Oktober in Kraft treten, für den Fernverkehr kann es vom Postminister bereits früher in Kraft gesetzt werden. Eine Reihe von Nachtragsetats für 1921 wurde debattelos genehmigt, ebenso ein Gesetzentwurf über Abänderung des Wehrgesetzes auf Grund der Bedingungen der Londoner Note vom 5. Mai. Danach werden bis 4000 Offiziere und in Offizierstellung stehenden Militärbeamten in die Höchstzahl von 100 000 eingerechnet. Vor Ablauf der Dienstverpflichtung dürfen jährlich höchstens 5 Proz. der Höchststärke der Offiziere, sowie 5 Proz. der Höchststärke der Unteroffiziere und Mannschaften entlassen werden. Dieselbe Bestimmung wird für Einstellungen in die Marine getroffen. Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag.

Schutz den Bergarbeitern!

Nach Erledigung einer kleinen Anfrage in der gestrigen Landtagssitzung wurde die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Otter-Bochum (U. Soz.), sowie der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Brandenburg (Soz.) wegen Beleidigung beschlossen.

Darauf folgt die Beratung der großen Anfrage Otter (U. Soz.) über das **Explosionsunglück auf der Zeche „Konstantin der Große"**.

Abg. **Otter** (U. Soz.): Bei dem Explosionsunglück am 12. April 1921 auf der Zeche „Konstantin der Große" sind 14 Bergarbeiter umgekommen und 7 schwer verletzt worden. Kann das Staatsministerium Mitteilung über die Ursachen der Explosion machen, sowie darüber, ob den bergpolizeilichen Verordnungen von der Aufsichtsbehörde Rechnung getragen ist?

Ein **Regierungsvertreter**: Die Ursache des Unglücks ist ein Schlagwetter mit darauffolgender Kohlenstaubexplosion. Die Regierung wünscht tunlichst dergleichen Explosionen zu verhindern. Daß sich in den Sicherheitsmaßnahmen noch hin und wieder Mängel einstellen, ist eine Folge des Krieges. Weitere vorbeugende Maßnahmen sollen in besonderen Ausschüssen unter Mitwirkung der Belegschaften erwogen werden.

Auf Antrag Katz (Komm.) wird die große Anfrage besprochen.

Abg. **Brunk** (Dn.): Einzelheiten dieser Frage sind im Ausschuß zu behandeln.

Abg. **Osterroth** (Soz.) ist erstaunt über das Verhalten der Regierung. Sie habe zwar zugegeben, daß Fehler gemacht worden seien. Es kommt aber darauf an, die Folgerungen aus diesem Bekenntnis zu ziehen. — Zunächst die Frage: Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, daß die Belegschaften Einspruch erheben können, wenn bergpolizeiliche Verordnungen aufgehoben werden? Die Bergarbeiter, die Vertreter der Bergarbeiter, werden leider nicht gehört, wenn die Aufhebung solcher Schutzverordnungen erfolgt. Der

Ausbau des Bergarbeiterschutzes

muß viel kräftiger erfolgen, als dies bisher der Fall war. Wenn eine Milderung in den Katastrophen vorgekommen ist, dann ist es vor allem der Verkürzung der Arbeitszeit zuzuschreiben. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt der Bergmann mehr bei Besinnung und Kraft. Und noch etwas anderes kommt als Grund für die Milderung in Frage: auch die technischen Angestellten haben jetzt das Koalitionsrecht, die Tarifverträge wurden ausgebaut usw. Wichtig sei auch, den Betriebsräten Bewegungsfreiheit zu lassen. Die Betriebsräte haben eine Fülle von Arbeit zu erledigen, allein es gibt noch genug Werksleitungen, die nichts von den Betriebsräten wissen wollen. Was notwendig ist vor allem, das ist die Beseitigung der Atmosphäre des Mißtrauens, die die Arbeiterschaft immer wieder vorfindet. Wird die Bergarbeiterschaft zur Mitarbeit herangezogen, dann werden beizeiten genügend Anstalten getroffen, um den Unglücksfällen vorzubeugen. Redner weist auf verschiedene Mißstände in den Grubenbetrieben hin und fordert die Regierung auf, einmal energisch nach dem Rechten zu sehen. Die Bergpolizei kann erst dann reformiert werden, wenn vor allem die einzelnen Bezirke der Revierbeamten nicht so groß sind, wie bisher. Die Bergarbeiter haben sich so große Verdienste erworben, daß sie jegliches Entgegenkommen verdienen. Ihre Ueberschichten retten Deutschland.

Abg. **Brust** (Z.) verlangt gründliche Prüfung im Ausschuß. Auf den Zechen müssen Ausschüsse gebildet werden, die für die Sicherheitsmaßnahmen sorgen.

Abg. **Seidel** (D. Vp.) schließt sich dem an.

Ein **Regierungsvertreter**: Die Explosion ist durch ein Schlagwetter hervorgerufen, das in dem angesammelten Kohlenstaub reichlich Zündstoff fand. Ein Mitglied des Betriebsausschusses hat zugegeben, von den Bergleuten sei über angebliche Mißstände nicht Klage geführt worden. Er hätte aber nicht den Eindruck gehabt, daß viel Kohlenstaub vorhanden war. Die Einsetzung einer besonderen Kommission zur Untersuchung des Unglücks liegt durchaus im Interesse der Staatsregierung.

Abg. **Sobotka** (Komm.): Die Betriebsräte und Belegschaften haben

8 Tage vor dem Unglück auf die Gefahr aufmerksam gemacht.

(Lebhaftes Hört! Hört! links.) Solange die Betriebsräte nicht auch wirklich in den Betrieb eingreifen können, können sie nichts Entscheidendes zum Schutze des Bergmanns tun.

Abg. **Otter** (U. Soz.) wendet sich ausführlich gegen die Darstellung des Regierungsvertreters.

Abg. **Hartmann** (Dem.): Die Berieselung der Zechen muß wieder aufgenommen werden. Die Betriebsräte sind unentbehrlich.

Die Aussprache schließt. Die Große Anfrage Otter wird an den Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Infolge der vorgerückten Zeit wird der deutschnationale Antrag über Groß-Berlin von der Tagesordnung abgesetzt. Es folgt der Antrag der Deutschen Volkspartei über die

Ausführung des Ueberalterungsgesetzes.

Abg. **Meyer-Herford** (D. Vp.): Wir verlangen eine Uebersicht der verabschiedeten Beamten, getrennt nach Beamtenkategorien. Wir wollen Aufklärung über die durch die Verabschiedung erfolgten Mehrkosten, sowie über die kommissarische Neuanstellung verabschiedeter Beamten. Wir sind überzeugt, daß das Gesetz in wohlerworbene Rechte hart eingegriffen hat.

Abg. **Waldeck-Manasse** (U. Soz.): Das Ueberalterungsgesetz war notwendig. Wir werden den Antrag der D. Vp. im Ausschuß prüfen.

Abg. **Barteld**-Hannover (Dem.): Das Gesetz ist eine Staatsnotwendigkeit. Die jüngeren Beamten, vor allem die Kriegsteilnehmer verdienen Berücksichtigung. Die Rechtsparteien sind gegen das Ueberalterungsgesetz, weil in ihren Kreisen die Geheimräte zu Hause sind.

Abg. **Haseloff** (Dnat.): Der Zweck des Ueberalterungsgesetzes war, die älteren, dem alten System treuen Beamten auszumerzen. (Zuruf des Abg. Kuttner [Soz.]) Herr Kuttner, Sie wissen ja nicht, wie es in Beamtenkreisen aussieht. (Lachen links.) Es ist lächerlich, gerade die Geheimräte anzugreifen, die die Träger des Staatsgedankens sind. (Zuruf links: Geheimverräter!) Sie (nach links) werden trotz Severing und Lüdemann den Geist der guten alten Beamtenschaft nicht zerstören. (Beifall rechts; ironischer Beifall links.)

Die Aussprache wird abgebrochen.

Mittwoch, 12 Uhr: Kleine Vorlagen. Zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung. Schluß ¾7 Uhr.

Wie sie uns bekämpfen.

Aus unserem Leserkreise wird uns geschrieben:

Zu durchsichtigen Zwecken ging kürzlich durch einen Teil der rechtsstehenden Presse die Nachricht, der englische Arbeiterführer Ramsay Macdonald habe die Aeußerung fallen lassen, im **Falle Deutschland vernichtet wird, werde jeder englische Arbeiter doppelt so reich sein.**

Ein deutsches Blatt (nämlich die volksparteiliche „Königsberger Allgemeine Zeitung") mit einer derartigen Aeußerung wurde dem genannten Arbeiterführer zugestellt, der darauf schriftlich erwiderte: „Vielen Dank für die Zusendung des Blattes. Natürlich habe ich **derartige Worte niemals gebraucht.** Sollte ich jemals eine Meinung über das, was geschehen würde, wenn Deutschland zugrunde ginge, geäußert haben, so wäre es gewesen, daß alsdann der britische Arbeiter **nur halb so wohlhabend sein würde.** Augenscheinlich handelt es sich um eine **beabsichtigte Irreführung.**"

Wie uns ferner mitgeteilt wird, wurde vor einigen Wochen in Marienburg (Ostpreußen) vor der Schuljugend ein Film „Der Frieden von Versailles" vorgeführt, in welchem die angebliche Aeußerung des Gen. Macdonald als Ansporn zum Haß gegen England herhalten mußte.

So wird die deutsche Oeffentlichkeit und besonders die deutsche Jugend mit unwahren und blödsinnigen Behauptungen vergiftet.

Daß aber ausgerechnet Macdonald, einer der tapfersten Vorkämpfer des internationalistischen Gedankens in England, von unseren Nationalisten auf diese Art mißbraucht wird, zeugt von einem besonderen Tiefstand politischer Kenntnisse.

Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Im Jugendwohlfahrtsausschuß des Reichstags wurde gestern die Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes fortgesetzt. Behandelt wurden die Paragraphen, welche die Stellung des Jugendamts zum Vormundschaftsgericht und zur Einzelvormundschaft betreffen. Wesentliche sachliche Aenderungen an der Fassung des Regierungsentwurfs wurden nicht vorgenommen.

Reparation. Bis zum 31. Mai 1921 einschließlich wurden insgesamt an rollendem Eisenbahnmaterial zurückgegeben an Belgien 5670 Staatsbahn- und 86 Privatwagen; an Frankreich 2546 Staatsbahn- und 226 Privatwagen, zusammen 8528.

Bolschewistentruppen für Kemal? Wie „Chicago Tribune" mitteilt, sollen 50000 Mann bolschewistische Truppen zur Verstärkung der Kemalisten auf dem Wege über den Kaukasus sein. Kavallerie des Generals Budjenny marschiere über Erzerum auf Angora zu. Angeblich werde General Brussilow Mustafa Kemal Pascha bei der Leitung der Operationen unterstützen.

Wirtschaft

Ein französisches Spiritusmonopol im Rheinland.

In der in Koblenz erscheinenden amerikanischen Zeitung „Americ News" wird folgende Verordnung der Rheinlandkommission veröffentlicht: „Die Herstellung von Alkohol im besetzten Gebiet wird unter die Aufsicht der Interalliierten Rheinlandkommission gestellt, die sich die Befugnis vorbehält, die Preise zu bestimmen und über die Verwendung des Alkohols zu entscheiden. In Zukunft darf kein Alkohol ohne Genehmigung des Alkoholausschusses umgesetzt werden. Der Zollverwaltungshof setzt den Betrag des Monopolausgleichs fest, der von Alkohol bei der Einfuhr ins besetzte Gebiet erhoben wird. Der Alkoholausschuß überwacht die Ausführung dieser Verordnung. Die Verordnung ist am 10. Juni in Kraft getreten."

Mit dieser Verordnung dürften die letzten Zweifel daran behoben sein, daß ein französisches Spiritusmonopol in den besetzten Gebieten tatsächlich zur Einführung gelangt und daß damit die Monopolpolitik der Reichsregierung durchkreuzt wird. Bereits vor einigen Tagen hatte unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung", mitgeteilt, daß seit Wochen auf die zuständigen Reichsämter der stärkste Druck französisch-rheinischer Kapitalisten ausgeübt wird, um die Ueberschwemmung Deutschlands mit französischen Kognaks, Likören und sonstigen bessern Fuseln durchzusetzen. Das französische Schnapskapital hat ungeheure Mengen seiner Produkte ins Rheinland geworfen, und das zu edler Wiederaufbauarbeit verbündete französisch-rheinische Fuselkapital will die ungehinderte Ueberschwemmung Deutschlands mit französischen Schnäpsen dadurch erzwingen, daß es der Reichsregierung droht, die Sanktionen würden nicht eher aufgehoben werden, bis jede Gefahr deutscher Beschlagnahme der im Rheinlande lagernden ungeheuren Schnapsmengen beseitigt und ihre ungehinderte Ueberführung ins unbesetzte Gebiet möglich sei. Diese Androhung eines besonderen französisch-rheinischen Spiritusmonopols ist ein weiteres Druckmittel.

Inzwischen ist nun das französische Monopol zur Tatsache geworden, und es ist erklärlich, daß die nicht nur von sozialistischer Seite, sondern auch von bürgerlichen Zeitungen stark verdächtigten rheinischen Interessenten sich mit aller Energie dagegen wehren, an der Einführung dieses die deutschen Interessen auf das schwerste gefährdenden Monoopls zum mindesten nicht ganz unbeteiligt zu sein. Die hierbei gleichfalls in Mitleidenschaft gezogene Kölner Handelskammer springt den Interessenten helfend bei. In geharnischten Erklärungen werden alle gegen das rheinische Sprit- und Schnapskapital erhobenen Vorwürfe energisch zurückgewiesen. Ja, man scheut sich nicht, den Spieß umzudrehen und die Reichsregierung zu beschuldigen, ihrerseits die Maßnahmen der Alliierten gewissermaßen provoziert zu haben, indem man den von dort ergangenen Einladungen zu gemeinsamen Besprechungen aus politischen Gründen nicht Folge leistete. — Es ist daher zu begrüßen, daß die ganze Angelegenheit von den Reichstagsabgeordneten Genossen Sollmann und Meerfeld zum Gegenstand einer Anfrage gemacht wurde. Man darf hoffen, daß gelegentlich der Beantwortung eine restlose Aufklärung erfolgt.

Die Generalversammlung der Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg, tagte am 3. Juni in Hamburg. Der Bericht des Geschäftsführers Leiche zeigte die außerordentlich gute Entwicklung des Unternehmens. Die Versammlung, unter dem Vorsitz von Gustav Bauer-Berlin, beschloß einstimmig, die Bilanz als richtig anzuerkennen und Vorstand wie Aufsichtsrat zu entlasten. Die Verteilung des Ueberschusses wurde wie folgt beschlossen:

1. dem gesetzlichen Reservefonds 5 Proz.	80 303,70 M.
2 dem Organisationsfonds	34 251,21 „
3. dem Kriegsreservefonds 5 Proz.	80 303,70 „
4. dem Fonds für besondere Reserven 5 Proz. .	80 303,70 „
5. den Aktionären an Zinsen für das volleingezahlte Aktienkapital	40 000,— „
6. der Gewinnreserve der Versicherten 5 Proz. der 25 010 595,60 M. betragenden Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherten	1 250 529,78 „

Der Rest von 40 381,99 M. ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Zum Revisor wurde Bäßlein-Hamburg einstimmig wiedergewählt. Es lagen drei Anträge des Vorstandes und Aufsichtsrats vor, und zwar: 1. den Geschäftsbetrieb der Volksfürsorge auf alle Arten der Lebensversicherung auszudehnen; 2. das Grundkapital der Gesellschaft um 4 Millionen Mark zu erhöhen und 3. den Gesellschaftsvertrag entsprechend abzuändern. Nach längerer Aussprache ergab die Abstimmung die Annahme der drei Anträge. Die nunmehr beschlossene Geschäftserweiterung wird, nachdem das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung die Genehmigung erteilt hat und die gerichtliche Eintragung erwirkt ist, der Volksfürsorge eine weitgehende Entwicklungsmöglichkeit eröffnen.

Gewerkschaftsbewegung

Eine neue „Aktion" im Gewerkschaftshaus.

Zu Dienstag nachmittag war eine neue Demonstration des Stoßtrupps der Erwerbslosen kommunistischer Richtung angekündigt. Aus den Bureauräumen sollte kein Angestellter herausgelassen werden. Die Hölzladen, über die jetzt in der Tagespresse anläßlich der Gerichtsverhandlung ausführlich berichtet wird, haben offenbar die Aktionslust etwas belebt.

Kurz nach 2 Uhr erschienen zwei Trupps von insgesamt 500 Personen im Gewerkschaftshaus und begaben sich nach dem Saal. Bald darauf stürmte eine Abteilung nach den Aufgang A und besetzte die Aufgänge zu den Bureauräumen. Der Besuch war insbesondere dem Bauarbeiterverband zugedacht, dessen Bureauräume in der Zeit zwischen 1 und 4 Uhr für das Publikum geschlossen sind. Es gelang jedoch den Herrschaften, sich trotzdem Eingang zu verschaffen, und die Aktion begann.

Die Angestellten wurden aus ihren Bureaus hinausgeworfen und unter den üblichen, seit Monaten von der „Roten Fahne" gelehrten Komplimenten gegenüber den „Bonzen" und der „Gewerkschaftsbureaukratie", nur mehr ins „Volkstümliche" übertragen, „interpelliert".

Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes sollte sich äußern zu dem Vertrag, den er mit der Stadt Berlin über Regiearbeiten abgeschlossen hat, über die 10 Punkte usw. Einige Angestellte wurden mehr oder weniger unsanft nach dem Saal gebracht, um die Gewerkschaftspolitik zu vertreten.

Aus dem Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission wurde der Vorsitzende Sabath, auch ein Mann mit grauen Haaren, trotz seiner Weigerung, unter „tatkräftiger" Ueberwindung seines Widerstandes über den Hof geschleppt — die Helden werden einwenden, daß sie ihn nur getragen haben —, um ebenfalls in den Saal vor die versammelte Mannschaft gebracht zu werden.

Gegen 8½ Uhr erschienen Beamte der Sipo. Genosse Sabath wurde jetzt von einer Abordnung der Versammlung aus dem Saal hinausbegleitet, um auf ihren Beschluß den Führer der Sipo über die Harmlosigkeit der ganzen Geschichte zu unterrichten und für die Freilassung etwa Verhafteter einzutreten. Die Sipo entfernte sich und die Versammlung tagte ungestört weiter.

Bei der etwas formlosen Unterhaltung mit den Angestellten der Bauarbeiter erkundigten diese sich nach der Organisationszugehörigkeit der meist noch recht jugendlichen Demonstranten. Darauf wußten diese keine Antwort zu geben. Sicher ist ein großer Teil von ihnen überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert. Dafür zeugt schon die ganze rohe Art und Weise ihres Vorgehens, das bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern einfach nicht möglich wäre. Sollte die „Rote Fahne" den Versuch machen, aus unserem Bericht eine Beschimpfung der erwerbslosen Arbeiterschaft Groß-Berlins zu machen, dann müßten wir ihr von vornherein sagen, daß sich unter dieser Gesellschaft sehr wenige anständige, gewerkschaftlich geschulte und disziplinierte Arbeiter befanden. Sollten derartige „Aktionen" weiterhin — zur Belebung der „großen" Aktion — im Gewerkschaftshaus inszeniert werden, dann wird es im Interesse der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder, die aus den Bureaus ihre Unterstützungsgelder erhalten, doch notwendig sein, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Daß es so nicht geht, weder die Angestellten im Gewerkschaftshaus noch die Bureaus der Gnade oder Ungnade wenig einsichtsvoller, aber unternehmungslustiger jugendlicher — „Stürmer" ausgeliefert werden können, bedarf keiner Frage.

An die Bevölkerung Berlins!

Seit Jahren leidet das Berliner arbeitende Volk unter steigender Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Das soziale Elend wird immer größer und unerträglicher.

Was kann geschehen, um die schwersten Schäden zu mildern und allmählich in planvoller Arbeit dauernde Besserung zu schaffen?

Es muß unter Anspannung aller Kräfte eine möglichst umfangreiche Neubautätigkeit und eine sachgemäße Erfassung und Verteilung des vorhandenen Wohnraumes einsetzen, um Arbeitslose nutzbringend zu beschäftigen und Wohnungslose unterzubringen.

Was kann die Einheitsgemeinde Berlin zur Erfüllung dieser Forderungen tun? Den Weg hierzu haben die Gewerkschaften seit Monaten gewiesen. Berlin muß umfassende Bodenpolitik treiben, muß Land für Neubauten, für Kleingärten und für Freiflächen zur Verfügung stellen. Spekulative Gewinne Einzelner müssen dabei ausgeschaltet werden.

Berlin muß in Ergänzung der Reichs- und Staatsmittel durch eine gesicherte Finanzwirtschaft die für die Bautätigkeit erforderlichen Geldmittel aufbringen.

Berlin muß alle öffentlichen Geldmittel aufs sparsamste verwenden und deshalb die Baustoffversorgung und Bauausführung in erster Linie auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage betreiben. Berlin muß unter vollster Wahrung des Mieterschutzes eine sachgemäßere und verschärfte Erfassung und Verteilung des vorhandenen Wohnraumes durchführen.

Können diese Forderungen der werktätigen Bevölkerung heute erfüllt werden? Ja! Sie können es! Dann aber muß der Kurs heißen: Soziale Bauwirtschaft!

Die Stadtverordnetenversammlung hat dies Gebot der Stunde erkannt. Von der äußersten Linken bis in die Reihen der Bürgerlichen hinein hat das Stadtparlament in vorausschauender Erkenntnis beschlossen, durch eine zusammenfassende Organisation die Grundlagen für sachgemäßes städtebauwirtschaftliches Handeln zu schaffen. Allein die für die bisherige Baupolitik Berlins verantwortlichen Stellen des Magistrats versuchen mit allen Mitteln, im Gegensatz zu dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Um ein wohnungspolitisch gesünderes und auch ein städtebaukünstlerisch schöneres Berlin für alle Zukunft zu schaffen, bedarf es aber grundsätzlicher Abkehr aller Maßnahmen, die nur auf äußerliche Wirkung berechnet sind.

Nicht wirtschaftliche Experimente sind es, was wir wollen. Wir wollen, daß den Wohnungslosen Wohnungen erstehen, den Arbeitslosen Arbeit gegeben wird, und wir werden mit äußerster Energie, gestützt auf die Masse des arbeitenden Volkes, darauf bestehen, daß der richtigen Erkenntnis des städtischen Parlaments die rechten Taten folgen und daß dabei durch planvolle, vorausschauende, auf dem Boden der Wirklichkeit ruhende Maßnahmen im vollsten Ausmaße die Interessen der Arbeiterschaft gewahrt werden.

Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.
Flatau. Otto Schikora.
Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
G. Sabath.

Betriebsunfälle im Jahre 1920.

Nach einer vorläufigen Ermittlung des Reichsversicherungsamts sind 1920: 592 046 Unfälle angemeldet und 107 962 erstmalig entschädigt worden. Da 1919 575 474 Unfälle gemeldet wurden, ergibt sich eine Zunahme um 16 572, während 1918 81 803 Unfälle weniger als 1919 zu verzeichnen waren.

Die von den Trägern der Unfallversicherung geleisteten Entschädigungen (Renten usw.) stiegen nach einer vorläufigen Ermittlung von 204 321 817 M. in 1919 auf 808 582 081 M. in 1920. Es wurden 1920 an Entschädigungen (Renten usw.) gezahlt oder angewiesen an 768 586 (1919: 787 080) Verletzte, 107 885 (108 006) Witwen (Witwer) Getöteter, 88 600 (101 894) Kinder und Enkel Getöteter, 6098 (5317) Verwandte aufsteigender Linie Getöteter. Daneben erhielten 5779 (8074) Ehefrauen (Ehemänner), 9955 (15 128) Kinder und Enkel und 171 (224) Verwandte aufsteigender Linie als Angehörige von Verletzten, die in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstützungen, so daß im Berichtsjahr zusammen 996 574 (1 025 678) Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung erhalten haben. Die endgültigen Zahlen werden für 1920 höhere sein. Rentenzulagen erhielten 1920 rund 258 000 Personen mit rund 45 198 000 M.

Lohnerhöhung in der Putzbranche.

Nach mehreren Verhandlungen ist es, wie uns der Deutsche Hutarbeiterverband mitteilt, endlich gelungen, für die Putz-Engros- und -Detailbranche eine Lohnerhöhung von 10 Proz. zu erlangen. Obwohl der Tarif schon am 31. April abgelaufen und neue Forderungen rechtzeitig eingereicht waren, bedurfte es erst eines sanften Nachdruckes, um den Arbeitgeberverband zu veranlassen, auf unsere Forderungen zu antworten, lautete doch die Antwort dahingehend, daß die Arbeitgeber nicht in der Lage seien, eine Lohnerhöhung vornehmen zu können. Festgestellt muß werden, daß gerade in der Putzbranche sehr flott zu tun war und zurzeit noch ist. Die Nachfrage nach Putzmacherinnen ist groß. Und doch sind die Löhne in dieser Branche nicht gerade glänzende. Dies hat natürlich seine Ursachen darin, daß in dieser Branche noch nicht 50 Proz. der Beschäftigten organisiert sind. Trotz aller Mühen ist es nicht möglich, alle Putzmacherinnen für die Organisation zu gewinnen. Ja, an dieser Stelle muß festgestellt werden, daß ein groß Teil Arbeitermädchen und Frauen, deren Väter wie Männer organisiert sind, den Weg zur Organisation nicht finden.

So richten wir denn die Bitte an alle Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, überall, wo ihr mit Angehörigen der Putzbranche zusammenkommt, sie auf unsere Organisation zu verweisen. Denn die Zustände dieser Branche bedürfen einer dringenden Abhilfe und die kann nur durch eine starke Organisation gewährleistet werden. Ist doch durch die Verschmelzung mit dem Arbeitnehmerverband der Bekleidungsindustrie, Sektion Putzbranche, eine einheitliche Organisation geschaffen. Diese heißt es nun auszubauen und zu stärken, dazu bedarf es natürlich aller Kräfte, und infolgedessen richten wir den Appell an die Arbeiterschaft, uns hierbei zu unterstützen.

Gefängnisarbeit und Arbeitslosigkeit.

Zwischen der Tätigkeit der Strafvollzugsbehörden für die Beschäftigung der Strafgefangenen und den öffentlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besteht unleugbar ein sachlicher Gegensatz. Der Reichsarbeitsminister hat es im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister unternommen, diesen Gegensatz zu überbrücken. Die Strafanstalten können, wie der Arbeitsminister anerkennt, aus zwingenden Gründen nicht darauf verzichten, ihre Insassen auch außerhalb der Anstalt bei privaten Unternehmern zu beschäftigen; auf der anderen Seite sind die Arbeitsnachweise gezwungen, alle verfügbaren Arbeitsgelegenheiten im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit auszunutzen. Gegensätze zwischen Strafanstalten und Arbeitsnachweisen, wie sie sich bisher in vielen Fällen ergeben haben, können unschwer vermieden werden, wenn die Strafanstalten mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen in ständiger Fühlung stehen. Die Leiter der Strafanstalten sollen, falls ihnen Anträge auf Ueberlassung von Strafgefangenen zugehen, sich mündlich oder schriftlich mit den zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweisen in Verbindung setzen und diesen Gelegenheit geben, ihre Auffassung darüber zur Geltung zu bringen, ob die Beschäftigung der Strafgefangenen im Hinblick auf örtliche und berufliche Verhältnisse mit der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes zu vereinbaren ist. Die Organe der öffentlichen Arbeitsnachweise sollen hierbei auf das berechtigte Interesse der Strafanstalten an der Beschäftigung ihrer Insassen Rücksicht nehmen. Ferner soll mehr als bisher berücksichtigt werden, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mitunter auch durch die zu geringe Entlohnung der Gefangenenarbeit erschwert wird. Die billige Gefangenenarbeit wird trotz ihren Nachteilen von den Unternehmern in der Regel vorgezogen. Die Entlohnung der Gefangenenarbeit soll der Entlohnung freier Arbeiter nach Möglichkeit angepaßt werden. Da die Arbeit der Strafgefangenen aus verschiedenen Gründen von geringerem Wert als die freier Arbeiter ist, muß im Einzelfall ein Weg gefunden werden, der unter Berücksichtigung des Minderwertes Sicherheit dagegen schafft, daß der Unternehmer durch die Beschäftigung von Strafgefangenen im Wettbewerb einen unbilligen Vorsprung erlangt. In der Regel wird ein bestimmter Hundertsatz des tariflichen oder ortsüblichen Lohns in Frage kommen.

Aus England.

Der Konflikt in der Metallindustrie konnte in den gestrigen Verhandlungen nicht beigelegt werden. Der Beginn des Lohnstreiks ist für Freitag festgesetzt und wird sich auf 600 000 Arbeiter erstrecken. — Der „Times" zufolge besteht die Absicht, durch die heutige Abstimmung unter den Bergarbeitern die Beilegung des Streiks derselben herbeizuführen.

Für den Anschluß an den ADGB. Zu dieser Notiz vom Sonnabend abend teilt uns der Vorstand des Berliner Bezirksvereins des Reichsverbandes der deutschen Post- und Telegraphenbeamten mit, daß der Verbandssekretär Lenz auf dem Bezirkstag des Reichsverbandes am 5. Juni mit keinem Wort gegen die freien Gewerkschaften gesprochen, sondern nur betont habe, daß zu der Masse auch die Intelligenz treten müsse, um die notwendige wirtschaftliche Forderung vertreten zu können, und daß die parteipolitische Neutralität gewahrt werden müsse. In der fast einstimmig angenommenen Entschließung kam zum Ausdruck, daß der Bezirksverein Berlin den Anschluß an die freien Gewerkschaften fordert, und daß die Berliner Delegierten verpflichtet werden, auf dem Verbandstage für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten. Die vom Berliner Bezirksverband selbst eingebrachte Entschließung will die Reichspostgewerkschaft fördern und im gewerkschaftlichen Sinne ausbauen. Im übrigen will der Berliner Bezirksvorstand den Willen der Mehrheit seiner Mitglieder zur Durchführung bringen. Aus dieser Feststellung schließen wir mit Freuden, daß Einmütigkeit darüber besteht, den Anschluß an den ADGB. herbeizuführen.

Die Nordhausen—Wernigeroder Eisenbahn fährt wieder. Der Streik ist beendet.

„Glückliches" Köln. Während in fast allen Städten des Reiches die Zahl der Arbeitslosen zunimmt, ist in Köln, wie aus Mitteilungen der Stadtverwaltung hervorgeht, ein stetes Sinken der Arbeitslosenziffern festzustellen. Vom 10. April bis 10. Juni hat sich ein Rückgang von 480 unterstützten Arbeitslosen ergeben. Neben 1902 unterstützten Arbeitslosen sind noch 5500 Arbeitslose vorhanden, die keinerlei Unterstützung beziehen.

Textilarbeiteraussperrung in Baden. Da der Streik in verschiedenen Betrieben der badischen Textilindustrie fortgesetzt wird, haben die Arbeitgeber die Aussperrung sämtlicher badischer Textilarbeiter für Montag beschlossen. Hiervon werden 20 000 Arbeiter betroffen.

Der Tarifvertrag für das Groß-Berliner Hotel-, Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe vom 1. Dezember 1920 ist mit Wirkung vom 16. Oktober 1920 der Tarifvertrag für das Groß-Berliner Cafehausgewerbe ist mit Wirkung vom 1. Februar 1920 durch Verfügung des Reichsarbeitsministeriums für allgemeinverbindlich erklärt. Die Tariflöhne müssen nunmehr auch von den unorganisierten Arbeitgebern gezahlt werden; wo dies nicht geschieht, ersuchen wir die Kollegen, sich an unsere Beschwerdestelle, Elsasser Straße 88 III, Zimmer 11, zu wenden. — Kartell der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen.

Ueberstundenstreik der Wiener Bankbeamten. Die Wiener Bankbeamten sind wegen Ablehnung ihrer Forderung auf Bezahlung der Ueberstunden in den Streik getreten.

Passive Resistenz der italienischen Staatsbeamten. Die passive Resistenz der Staatsbeamten hält weiter an, wodurch Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr in ganz Italien große Störungen erleiden. Die Eisenbahner haben sich der Bewegung noch nicht angeschlossen.

Werftarbeiterstreik in Japan. Infolge des schlechten Geschäftsganges im Schiffbau in Japan haben verschiedene Werften Schwierigkeiten mit ihrem Personal. So ist unter dem Personal einer größeren Werft ein Streik ausgebrochen, der vermutlich auch die Sympathie des Personals anderer Werften finden wird.

SPD.-Funktionäre der ACG., Brunnenstraße. Donnerstag 8 Uhr bei Krüger, Hussitenstr. 34, Fraktionssitzung.

Zentralverband der Angestellten. Rechtsanwaltsbureaus: Mitgliederversammlung Donnerstag 7½ Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
Millionenfach bewährt.
Schachtel M 3.-
In Apotheken u. Drogerien erhältlich

Saison-Ausverkauf.
In allen Abteilungen Ermässigung bis
50%
Perser Teppiche / Deutsche Teppiche / Läuferstoffe / Zimmerbelagstoffe / Vorlagen / Brücken / Divandecken / Tischdecken
Fellteppiche / Möbelstoffe / Gardinen / Gardinenstoffe
TEPPICH-BURSCH
VERKAUF NUR SPANDAUER STR. 32.